Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 86. Donnerstag den 27. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, Montag, 24. März. Die Ständewahlen sind nach der Verfassung von 1819 ausgeschrieben.

Paris, Montag, 24. März, Abends 8 Uhr. Die Bildung eines Ministeriums Barrot ist gescheitert. Das jetzige Ministerium wird einstweilen noch im Amte verbleiben. — Der Minister des Innern giebt dem Präsidenten der Republik künftigen Mittwoch ein großes Diner. — In Grenoble fand eine Demonstration wegen des abgesetzten Maire statt. — In der Legislativen Interpellation wegen Auflösung der Straßburger Nationalgarde. Die einfache Tagesordnung wurde mit 445 gegen 223 Stimmen angenommen.

Paris, 24. März, Nachmittags 5 Uhr. 3 pCt. 57, 80. 5 pCt. 94, 35.

Madrid, Mittwoch, 19. März. Die Debatte über die Schulden-Regelung wird wahrscheinlich erst nach Annahme des Budgets erfolgen.

Stettin, 25. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, pr. Frühjahr $30\frac{1}{2}$ Geld, pr. Juni 32 Brief. — Rüböl $9\frac{5}{6}$, pr. Herbst $10\frac{1}{2}$ Brief. — Spiritus $24\frac{3}{4}$, pr. Juni 24 Geld. (Berl. Bl.)

Turin, 21. März. Die Deputirtenkammer hat das Budget des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten mit 118 gegen 40 Stimmen definitiv angenommen. Der Senat hat sich gestern über das Budget des Justizministeriums, über Erhöhung der Rente vom 1. September 1848, über Aufhebung des Instituts der Primärärzte und über die Stellung von Rekruten der Altersklasse 1830 Bericht erstatten lassen.

Rom, 18. März. Die Republik Bolivia hat den General Santa Cruz als Bevollmächtigten hierher gesendet, um über Religionsangelegenheiten zu unterhandeln. — Urbano del Drago ist zum Senator, d. h. obersten Chef der römischen Municipalität, vom Papste ernannt worden.

Uebersicht.

Breslau, 26. März. Die Kammern haben gestern wegen eines katholischen Feiertages keine Sitzungen gehalten.

Ueber den Krankheitszustand des Prinzen Wilhelm von Preußen berichtet unten das ärztliche Bulletin.

Der preußische Bevollmächtigte in Dresden, Graf Alvensleben, ist gestern wieder von Berlin abgereist.

Ueber den Inhalt der Antwort Preußens an Oesterreich verlautet noch nichts Näheres. Die Konferenzen der Minister in Berlin dauern fort.

Wie uns aus Berlin berichtet wird, soll Rußland eine Cirkular-Depesche an die Großmächte erlassen haben, worin es erklärt, daß es sich jeder Einmischung in die Regelung der deutschen Angelegenheiten enthalten werde. Wahrscheinlich soll hierdurch der Einmischung Englands und Frankreichs wegen des Eintritts von Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund vorgebeugt werden.

Der französische Gesandte Mercier befindet sich in Berlin, augenscheinlich um mit Preußen wegen des französischen Protestes gegen den Eintritt Oesterreichs zu unterhandeln. Ministerpräsident v. Manteuffel soll ihn noch nicht empfangen haben, jedoch gesonnen sein in dieser Angelegenheit keine Einmischung zu dulden.

Der Minister des Innern hat eine Verfügung an die Regierungen erlassen, nach welcher sie angewiesen werden, sorgfältig das Vereinswesen zu überwachen, weil sich mehrere Vereine unter dem Scheine von gewerblichen oder wohlthätigen Zwecken gebildet hätten, die gefährliche Tendenzen verfolgten.

Der Russe Bakunin, der gegenwärtig sich zu Olmütz im Gefängniß befindet, soll ein Agent der panslavistischen Partei gewesen sein.

Der Termin des Prozesses gegen Hassenpflug ist deshalb von dem Gerichte zu Greifswalde verschoben worden, weil die kurhessische Regierung die Behändigung der Anklage und Vorladung des Angeschuldigten verweigert hatte.

Zu Frankfurt a. M. soll diesen Sommer ein legitimistischer Kongreß abgehalten werden. Man erwartet daselbst die Ankunft des Grafen Chambord. — In Bezug auf die deutsche Flotte hegt man Hoffnung nicht allein auf deren Erhaltung, sondern auch auf weiteres Wachsthum.

Am 22. beschloß die Abgeordneten-Kammer zu München einstimmig: den Antrag des Fürsten Wallerstein auf Niederlegung der die kurhessische Angelegenheit betreffenden Papiere — einem besonderen Ausschusse zu überweisen. — Die N. Münch. Ztg. erklärt, daß sich Legationsrath Dönniges nur wegen Familien-Angelegenheiten in Berlin aufhalte.

Anhalt-Bernburg hat einen neuen Minister erhalten.

Die Auflösung der schleswig-holsteinschen Armee ist so ziemlich vollendet. Der dänische Gesammtstaat reift heran. Die österreichischen und preußischen Truppen werden in Kürze das Land verlassen und auch Holstein der dänischen Herrschaft überliefert werden. Friedrichsstadt wird von den Dänen in eine Festung umgewandelt.

Zu Paris ist das definitive Ministerium immer noch nicht fertig, und dürfte auch noch einige Zeit auf sich warten lassen. — Die Partei des Präsidenten nähert sich immermehr der Partei der Legitimisten, so daß eine Einigung beider für die Verlängerung der Präsidentschaft wohl möglich ist. — Sollte auch eine Neuwahl des Präsidenten der Republik vorgenommen werden, so glaubt L. Napoleon dennoch die Mehrheit der Stimmen zu erhalten, da hier das allgemeine Stimmrecht ausgeübt werden soll. — Man hegt die Befürchtung vor einer Emeute.

Am 22. d. M. passirte wieder eine Abtheilung österreichischer Truppen Oberschlesien, um sich nach Krakau zu begeben.

In Wien glaubte man, wie unser 8-Korrespondent berichtet, daß in England eine neue Ministerkrisis bevorstehe, und zwar werde Lord Palmerston ein Ministerium aus Whigs und Peeliten bilden. Ferner will man dort Kunde erhalten haben von einem Bündniß zwischen Preußen, England und Frankreich, auf Grund dessen das Berliner Kabinet jetzt energischer gegen Schwarzenberg auftreten werde. Die österreichischen Offiziere bekommen jetzt wieder Lust, mit Preußen Krieg anzufangen. — Am 23. wurden zu Wien 3 Artillerie-Unteroffiziere verhaftet, wie man meint, wegen Theilnahme an einer staatsgefährlichen Verbindung.

General Dembinski wird sich dieser Tage von Konstantinopel nach Marseille begeben.

Preußen.

Die Dresdener Konferenzen.

Berlin. Verlag von Veit und Comp.

II.

Wir stellen, bevor wir auf die einzelnen Abschnitte des inhaltreichen Werkchens eingehen, zunächst die Mittheilungen des Verfassers über den Gang, welchen die Conferenzen genommen haben, übersichtlich zusammen. Bekanntlich fand die definitive Verabredung über die sogenannten „freien Conferenzen" zu Olmütz statt. Der Artikel IV. der Olmützer Punktation lautete: „Die Ministerial-Conferenzen werden unverzüglich beginnen." Was ihr Gegenstand sein solle, war nicht gesagt. Die Benennung „freie" Conferenzen war österreicherseits ausdrücklich zurückgewiesen worden, und wurde nur von den Organen des Herrn von Manteuffel festgehalten. Am 23. Dezember wurden die Ministerial-Conferenzen eröffnet und zwar durch eine Rede des österreichischen Ministerpräsidenten, welche „nach dem Muster jener Rede verfaßt war, mit der Fürst Metternich im Jahre 1819 die Ministerial-Conferenzen eröffnet hatte." Die Rede des Herrn v. Manteuffel bildete nicht einen Theil der Eröffnung. Zu der Aufstellung des Fürsten Schwarzenberg, wodurch lediglich die Revision der Bundesverfassung als die Aufgabe der Conferenzen bezeichnet wurde, schwieg Herr v. Manteuffel. Die gegen Preußen gerichtete Tendenz des Fürsten Schwarzenberg zeigte sich schon bei Besetzung der Commissionen. „Fürst Schwarzenberg theilte Herrn v. Manteuffel einen Vorschlag zur Bildung der Commissionen mit: dieser Vorschlag enthielt ein Verzeichniß von Staaten, welche an den Commissionen theilzunehmen hätten. Es war kein einziger mit Preußen verbündeter Staat in dasselbe aufgenommen." „Herr v. Manteuffel", sagt der Verfasser, „nahm die Insulte ruhig hin. Er legte sich aufs Handeln." Schließlich kamen in die erste Commission 6 mit Oesterreich und nur 1 mit Preußen verbündeter Staat, in die zweite 5 mit Oesterreich und 3 mit Preußen verbündete Staaten. Der Verfasser bemerkt hierzu: „So wurde Preußens Ehre gewahrt. Die bittern Bemerkungen eines der Vertreter der kleinern Staaten steckte der preußische Ministerpräsident ruhig in die Tasche." Er kehrte am 28. Dezember in Begleitung des Fürsten Schwarzenberg nach Berlin zurück. Als Fürst Schwarzenberg von seinem Besuche in Berlin wieder in Dresden eintraf, war im Wesentlichen „der Handel geschlossen", und er wäre sogleich zum Vollzug gekommen, wenn nicht der Vertreter Preußens in Dresden (Graf Alvensleben) noch einige Hindernisse bereitet hätte. Am 2. Januar 1851 fand eine Sitzung der ersten Kommission (für die Organisation der obersten Bundesbehörde, wie den Umfang des Bundesgebietes) statt, in welcher der Fürst Schwarzenberg die Eröffnung machte, daß Oesterreich und Preußen über die Einrichtung der künftigen Central-Gewalt einig seien: es werde künftig das Plenum die oberste Bundesbehörde sein und in seiner Stimmenzahl nur einige wenige Modifikationen erleiden. Der engere Rath solle wegfallen, indessen als Ausschuß des Plenums eine Exekutivbehörde aus 7 Staaten mit 9 Stimmen eintreten. Oesterreich und Preußen würden jedes 2 Stimmen zu führen haben. Ueber die Vertheilung der übrigen 5 Stimmen erwarteten Oesterreich und Preußen die Ansicht der Mitglieder der Kommission. Dieser Aufforderung wurde sofort in „erheiternder Weise" genügt. Jedes der in der Kommission vertretenen 4 Königreiche verlangte eine Stimme für sich und Kurhessen beanspruchte für sich und das Großherzogthum Hessen die neunte Stimme. Graf Alvensleben äußerte jetzt, daß eine ähnliche Beiseitesetzung der kleinen Staaten nicht angehe. In der Kommissionssitzung vom 4. Januar gaben Weimar und Frankfurt ihre Erklärung ab. Sie verlangten eine angemessene Vertretung aller Staaten in der Exekutivbehörde. Vermittelungsvorschläge, die von verschiedenen Seiten eingebracht wurden, liefen alle auf ein den Königreichen zu gebendes Uebergewicht hinaus. Die Verwirrung nahm überhand, bis der preußische Ministerpräsident von Berlin erschien. Derselbe blieb wenigstens auf der einfachen Forderung stehen: daß das Stimmenverhältniß der neuen Behörde ganz genau nach dem Stimmenverhältniß des engern Rathes gebildet werde. Aufs Neue waren Fürst Schwarzenberg und Herr v. Manteuffel, nicht ohne **Mißbilligung des Grafen Alvensleben, auf Kosten Preußens einig. Am 11. Januar konnte das fertige Projekt der elf Stimmen von den beiden Ministerpräsidenten der Kommission vorgelegt werden.** Der neue engere Rath sollte aus 9 Staaten oder Kurien mit elf Stimmen bestehen, Oesterreich und Preußen mit je 2 Stimmen, die vier Königreiche jedes mit einer Stimme, Baden und die beiden Hessen mit der 9ten, Holstein, Luxemburg, Braunschweig, Nassau, beide Mecklenburg und Oldenburg mit der 10ten, die übrigen Fürsten und die freien Städte mit der 11ten Stimme. Die ersten 10 Stimmen sollten fortwährend eine gewisse Anzahl Truppen zur Verfügung des Bundes bereit stehen haben. Dadurch erhielt im neuen engern Rath Oesterreich mit den 4 Königreichen eine fast sichere Majorität von 6, Preußen mit den kleinern Staaten eine fast sichere Minorität von 4 Stimmen. Da schien Preußen von den kleinern Staaten Rettung kommen zu wollen, welche „im eigenen Interesse jetzt für das von seinem Minister gutwillig aufgegebene Preußen eintraten," obschon sie bei Preußen keinen Schutz fanden und von dem Fürsten Schwarzenberg bald eingeschüchtert, bald sehr freundlich behandelt wurden. — Nachdem die erste Kommission durch das von Preußen und Oesterreich vorgelegte und sogleich acceptirte Projekt eine feste Basis erhalten hatte, trat dieselbe mit der zweiten Kommission zusammen, um mit ihr noch einige Fragen über die Kompetenz der Bundesbehörden gemeinschaftlich zu berathen. In der vereinigten Sitzung beider Kommissionen vom 16. Januar legten die beiden Mecklenburg eine Erklärung vor, worin sie im Wesentlichen die Wiederherstellung der alten Bundesverfassung verlangten. Die Exekutive sollte lediglich nur aus Oesterreich und Preußen bestehen und in Fällen der Uneinigkeit die Entscheidung von der Gesammtheit des Bundes ausgehen. Oesterreich und die Königreiche erklärten sich entschieden dagegen. Herr v. Manteuffel billigte keineswegs das Verfahren der beiden Mecklenburg, wie er denn überhaupt die Opposition der kleinen Staaten keineswegs unterstützte. Zu Ausgang Januar erreichte die erste Kommission das Ende ihrer Arbeiten. Unter den kleinern Staaten zeigten sich Mecklenburg und Baden am entschiedensten in der Verwerfung der Kommissions-Projekte. Schließlich schienen die kleinen Staaten sich über ein Gegenprojekt geeinigt zu haben, welches im Allgemeinen dahin ging: 1) eine Exekutive zu bilden, die aus 5 Stimmen bestehe, 2 ständigen für Oesterreich und Preußen und 3 wechselnden für die übrigen Staaten; 2) einen engern Rath von 24 Stimmen mit Bevorzugung Oesterreichs und Preußens; 3) ein Plenum nur für Fälle, wo Einstimmigkeit verlangt werde. Es schien ferner festzustehen, daß Mecklenburg oder Baden in der bevorstehenden Plenar-Versammlung gegen die Vorschläge der Kommission einen unbedingten Protest einlegen und daß sich die übrigen Staaten dann an denselben anschließen würden. Oesterreich und die Königreiche schienen die Krisis zu fühlen. Die Plenar-Versammlung wurde aufgeschoben.

Inzwischen wurden die übrigen Fragen, betreffend die Kompetenz der Bundesbehörden, den Modus der Abstimmungen, das Vertheidigungswesen, die Volksvertretung am Bunde, den Eintritt Gesammtösterreichs ꝛc., von den betreffenden Kommissionen erörtert. Auf den Hergang dieser Berathungen kommen wir bei der Besprechung der einzelnen Abschnitte zurück.

Die Haupttheile des proponirten Systems bestanden in folgenden Punkten:

1) eine österreichisch-königliche Centralgewalt, die in den militärischen, polizeilichen, legislativen, auswärtigen Beziehungen nicht nur Preußens Einfluß auf das übrige Deutschland ausschließen, sondern die in diesen Beziehungen auf Preußen selbst einen entscheidenden Einfluß üben würde;
2) die Abhängigkeit des Unirungsrechtes von der Majorität der zweiten Bundesbehörde;
3) die Konstituirung eines positiven Einmischungsrechtes in die Verfassungsangelegenheiten, ja sogar in die Gesetzgebung des preußischen Staates;
4) die Aufnahme ganz Oesterreichs in den Bund.

Fürst Schwarzenberg verlangte nun von Herrn v. Manteuffel die Annahme der Kommissionsvorschläge in Bausch und Bogen und die sofortige Einsetzung der Exekutivbehörde, wobei den renitirenden Staaten freizustellen sei, ob sie sich daran betheiligen wollen oder nicht, und stellte für den Fall der Resultatlosigkeit der Dresdener Konferenzen ein anderes System in Aussicht, welches der Verfasser als das einer ausschließlichen Herrschaft Oesterreichs durch das Gleichgewicht zwischen Preußen und Baiern bezeichnet. — Herr v. Manteuffel reiste nach Berlin. Es folgten dann Konferenzen mit dem Fürsten Schwarzenberg, an denen Graf Alvensleben nicht theilnahm. Von mehrern Seiten wurde, da auch diese Konferenzen zu einer Einigkeit nicht führten, ein Aufschub gewünscht. So blieb denn die Plenar-Versammlung vom 23. Februar ohne entscheidende Bedeutung.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Siebenundvierzigste Sitzung vom 24. März.
(Schluß.)

§ 3 der Verordnung vom 12. Novbr. 1850 wegen der Kriegsleistungen und deren Vergütigung lautet:

§ 3. Unentgeltlich sind unter allen Umständen folgende Leistungen: 1) Die Gewährung des Naturalquartiers für Offiziere, Militärbeamte, Mannschaften und Pferde, sowohl der mobilen, als auch der nicht mobilen Truppen auf Märschen und in Kantonnirungen. (cf. § 2 a. der Verordnung.) 2) Die Gestellung der erforderlichen Wegweiser, Boten, des Vorspanns und sonstiger Transportmittel, sofern solche nicht über vier Meilen, oder zur Fortschaffung der Bestände eines Magazins in ein anderes (cf. § 4—7) benutzt werden. (cf. § 2 b. und § 12 der Verordnung.) 3) Die Gestellung der zum Wege- und Brückenbau und zu fortifikatorischen Arbeiten für vorübergehende Zwecke, erforderlichen Mannschaften und Gespanne, auf Plätzen, welche nicht weiter als drei Meilen entfernt sind, mit der fernern Einschränkung, daß jede in diesem Umkreise belegene Gemeinde innerhalb Monatsfrist nur einmal a) eine dem zehnten Theile ihrer Bevölkerung gleichkommende Anzahl von Handarbeitstagen, b) eine ihren sämmtlichen Gespannen gleichkommende Anzahl Gespannarbeitstage unentgeltlich zu leisten verpflichtet ist. 4) Die Ueberweisung der für den vermehrten Kriegsbedarf erforderlichen Gebäude zur Anlegung von Magazinen, Lazarethen, Wachen, Handwerksstätten, und zur Unterbringung von Militär-Effekten, die Gewährung der Plätze zu Lagern und Bivouaks und zu den Uebungen der Truppen, sowie zur Aufstellung der Geschütze und Fahrzeuge, endlich die Ueberweisung der zur Anlegung von Wegen erforderlichen Grundstücke und Materialien. (cf. § 2 c. d. V.)

Nr. 1. Der § 3 wird, nach Verwerfung eines vom Abgeordneten Jungbluth gestellten Amendements, in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Diskussion über Nr. 2 und 3 wird eröffnet.

Der Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) beantragt, diese Nummern in folgender Weise zu fassen:

2) Die Gestellung der erforderlichen Wegeweiser, Boten, des Vorspanns und sonstiger Transportmittel, sofern solche nicht zur Fortschaffung der Bestände eines Magazins in ein anderes benutzt werden, imgleichen die zum Wege- und Brückenbau und zu fortifikatorischen Arbeiten für vorübergehende Zwecke erforderlichen Mannschaften und Gespanne; Alles dieses jedoch nur insoweit: a) Menschen und Pferde nicht über vier Meilen von ihrem Wohnorte entfernt werden, b) die Handarbeitstage innerhalb Monatsfrist den zehnten Theil der Gesammtbevölkerung der aufgebotenen Gemeinde nicht übersteigen, und c) die Gespannarbeitstage in derselben Frist nicht über die doppelte Zahl der vorhandenen Gespanne hinausgehen. Anforderungen, welche dies Maß überschreiten, sind nach Vorschrift der §§ 10 und 11 dieses Gesetzes zu vergüten. 3) Seitens der Gemeinden: die Ueberweisung von disponiblen oder leerstehenden Gebäuden zur Anlegung von Magazinen und Lazarethen, sowie derjenigen Räumlichkeiten, welche für Wachen, Handwerksstätten und zur Unterbringung von Militär-Effekten erforderlich sind, sowie die Gewährung freier Plätze und unbestellter Grundstücke zu Lagern und Bivouaks, zu den Uebungen der Truppen und zur Aufstellung der Geschütze und Fahrzeuge.

Abg. v. Schmidt (Konitz) beantragt ad 2 das Wort „sofern" durch „soweit" zu ersetzen. Abg. Bentrup beantragt in dem Amendement von Bodelschwingh unter Nr. 3 hinter „unbestellter Grundstücke" einzufügen „bis zur Zeit der Saatbestellung."

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) begründet sein Amendement.

Nachdem der Berichterstatter, Abg. v. Zedlitz, zum Schluß die Kommissionsfassung vertheidigt, wird der Antrag des Abg. v. Bodelschwingh sub Nr. 2 angenommen, Nr. 3 wird ausgesetzt bis zur Erledigung der übrigen Nummern.

Abg. Braehmer beantragt:

hinzuzufügen: Auch Eisenbahngesellschaften sind verpflichtet, Transporte aller Art unentgeltlich zu befördern, wenn die Leistung binnen Monatsfrist das Maaß desjenigen nicht übersteigt, was die Eisenbahn nach dem Ermessen der Staatsregierung innerhalb 24 Stunden mit ihren vorhandenen Mitteln leisten kann. Ebenso sind Fähranstalten auf Strömen zu unentgeltlicher Leistung während eines Tages binnen Monatsfrist verpflichtet.

Abg. Braehmer begründet sein Amendement; der Berichterstatter spricht dagegen, ebenso der Regierungskommissarius. Der Antrag wird im ersten Theile verworfen, der zweite wird zurückgezogen.

Zu Nr. 4 sind verschiedene Amendements eingelaufen.

Abg. Delius und Genossen beantragen:

Den unter Ziffer 4 im § 3 des Kommissions-Entwurfes proponirten Satz als ein letztes Alinea des genannten Paragraphen in folgender Fassung anzunehmen: Die Ueberweisung u. s. w. (bis zu Ende) kann nur insoweit unentgeltlich in Anspruch genommen werden, als aus der Benutzung dieser Räumlichkeiten, Grundstücke und Materialien und aus den Folgen dieser Benutzung für die Leistenden keine Unkosten erwachsen.

Der Abg. v. Schmidt beantragt, nach dem Wort: „Militär-Effekten", einzuschalten: „so weit sie vorhanden sind"; Richtsteig, die Worte: „die Ueberweisung" bis „Militär-Effekten" zu streichen.

Abg. Schulenburg für das Gellernsche Amendement, welches folgende Fassung vorschlägt:

Die Gewährung der Plätze zu Lägern und Bivouaks, zur Aufstellung der Geschütze und Fahrzeuge und zu den Uebungen der Truppen, der Ueberweisung der zur Anlegung von Wegen erforderlichen Grundstücke und Materialien, so wie die Gewährung der erforderlichen Wachtlokalien.

Nachdem Abg. v. Bodelschwingh gegen dieses Amendement gesprochen und der Abgeordnete Delius sein Amendement begründet, wird die Abstimmung auf die nächste Sitzung verschoben.

Berlin, 25. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem emeritirten Superintendenten, Pfarrer Auersbach in Polnisch-Würbitz, Regierungsbezirk Oppeln, so wie dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Fritsch in Wetzlar, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; und nach der von dem Gemeinderath zu Danzig getroffenen Wahl, den Justizrath Grodbeck daselbst als Bürgermeister der Gemeinde Danzig auf zwölf Jahre zu bestätigen.

Se. königl. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen haben nach Mitternacht einige Stunden ruhig geschlafen und fühlen sich deshalb heute Morgen weniger angegriffen und ermattet, dagegen dauern der Katarrh der Luftwege und die dadurch bedingten Athmungsbeschwerden nur wenig vermindert noch fort. — Berlin im Schloß, den 25. März 1851, Morgens 10 Uhr. (gez.) Dr. Schönlein.

Die Plenar-Sitzungen der ersten Kammer werden von jetzt an im Saale des Schauspielhauses gehalten werden. — Die nächste beginnt am Donnerstag den 27. d. M., Vormittags 10 Uhr.

Bei der heute angefangenen Ziehung der dritten Klasse 103ter königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 3000 Rthl. auf Nr. 35,481; 2 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 23,943 und 65,363; 1 Gewinn von 1000 Rthl. fiel auf Nr. 66,132; 1 Gewinn von 300 Rthl. auf Nr. 57,173; 4 Gewinne zu 200 Rthl. fielen auf Nr. 27,315, 33,177, 44,532 und 71,307; und 6 Gewinne zu 100 Rthl. auf Nr. 1633, 13,264, 41,194, 45,285, 62,948 und 65,602.

Angekommen: Se. Excellenz der Staats-Minister a. D., Graf v. Alvensleben, von Dresden. — Der Fürst v. Pückler-Muskau, von Dresden.

⊇ **Berlin,** 25. März. [Berichtigung. — Cirkular-Depesche des russischen Kabinets. — Eine Erklärung des Herrn v. Manteuffel über die Grundsteuer. — Hr. Mercier. — Verschiedenes.] Es ändert in der Sache selbst nichts, doch mag es der Genauigkeit der Form halber erwähnt sein, daß die entscheidenden Berathungen, welche im Laufe des Sonntags hier gepflogen wurden, nicht in einem eigentlichen Konseil des Gesammt-Staatsministeriums, sondern nur in einer Besprechung des Königs mit Herrn v. Manteuffel und Graf Alvensleben stattfanden. Es würde kaum nöthig sein darauf zurückzukommen, wenn nicht die heutigen hiesigen Zeitungen ein Gewicht auf diesen Umstand legten, der schon deshalb gleichgültig ist, weil dem Vortrage der eben genannten beiden Staatsmänner beim Könige eine Berathung der übrigen Minister vorausgegangen war. So viel, um den Schein einer Ungenauigkeit in meiner vorletzten Mittheilung abzuwehren.

Eine Nachricht, die andeutungsweise bereits in diesen Tagen in der Allg. Augsb. Ztg. erwähnt wurde, die ich nun aber in der positivsten Form bestätigen höre, geht dahin, daß in einer, wie es heißt, bei allen Höfen übergebenen Cirkular-Depesche das russische Kabinet förmlichst erklärt hat, sich in die Entscheidung der eben jetzt schwebenden deutschen Fragen in keinerlei Weise mischen, sondern dieselben ausschließlich der freien Vereinbarung der deutschen Regierungen selber überlassen zu wollen. Als eine Ergänzung hierzu soll allen russischen Gesandten und diplomatischen Agenten die Anweisung zugegangen sein, in keinerlei Weise durch Kundgebungen über die Ansichten und Absichten des russischen Kabinets in dieser Frage den späteren etwanigen Maßnahmen vorzugreifen. Die Nachricht hat eine fast komische Seite, wenn man bedenkt, daß die Premier-Minister der beiden deutschen Großmächte nach Warschau wallfahrteten, um dort unter russischen Auspizien die ersten Präliminarien für eine Regelung der einschlagenden Fragen festzustellen, und daß auch jetzt noch für mehr, als bekannt wird, die Parole aus Petersburg kommt. Die einzig mögliche und wahrscheinlich auch richtige Erklärung für dieses Entsagen jeden formellen Auftretens in der deutschen Frage liegt deshalb in der Absicht, dadurch auch den anderen europäischen Großmächten den Vorwand eines Eingreifens zu nehmen, denn je weniger diese thun, um so mehr bleibt im Stillen die ganze Entscheidung in der Hand Rußlands.

In einer Audienz, welche eine Deputation der jetzt hier versammelten Grundbesitzer bei Hrn. v. Manteuffel hatte, hat dieser in Beziehung auf die Grundsteuer die bestimmte Zusicherung ertheilt, **daß er seinerseits keinem Gesetz-Entwurfe seine Zustimmung ertheilen werde, der nicht von dem Grundsatze vollständigster Entschädigung für die aufzuhebenden bisherigen Grundsteuer-Freiheiten ausgehe.**

Herr Mercier ist hier, wie der Staatsanzeiger meldet, als französischer Gesandte, in einer außerordentlichen Mission eingetroffen. Es ist ein lautes Geheimniß, daß sich diese Mission auf die Entwickelung der deutschen Frage und speziell auf den Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bund be-

zieht. Noch hat Herr Mercier keine Konferenz mit Herrn v. Manteuffel gehabt, er sollte heut Abend von ihm empfangen werden. Wird die Mission ein Resultat haben? Schwerlich, da Herr v. Manteuffel in der positivsten Weise erklärt hat, daß er diese Fragen ausschließlich als innere deutsche betrachte, bei denen er eine Einmischung des Auslandes in keiner Weise zulassen wolle. Und doch konveniren eben diese Bemühungen des Auslandes gegen den Eintritt Gesammt-Oesterreichs in den Bund wahrscheinlich mehr dem spezifisch-preußischen Interesse als die Pläne des Herrn v. Manteuffel. Uebrigens ist Herr Mercier hier noch aus früherer Zeit in bestem Andenken. Nachdem er lange in Petersburg gewesen war, kam er hierher, um dem Marquis von Dalmatien zur Seite zu stehen, und leitete damals fast selbstständig die ganze hiesige französische Gesandtschaft. Er ist tief eingeweiht in die geheime Kabinets-Politik, und die Person des Unterhändlers konnte daher schwerlich besser gewählt werden.

Die eben vorgenommene Veränderung in den Personen der dienstthuenden Kammerherrn am hiesigen Hofe ist nicht ohne tiefere Bedeutung. Doch entziehen sich diese Sachen der öffentlichen Besprechung, und muß ich mich daher schon begnügen, es eben nur angedeutet zu haben.

Eine Nachricht, die mir von einem in die Mysterien der geheimen Politik tief eingeweihten Manne zugeht, besagt, daß die österreichische Regierung nunmehr positive Beweise dafür in Händen habe, daß Bakunin als Agent der panslavistischen Partei gehandelt und in den intimsten Beziehungen zu dem verstorbenen Großfürsten Michael gestanden habe.

Nach einer anderen heute hier verbreiteten Nachricht sollen österreichische Artilleristen den Mann, welcher im Jahre 1848 den Grafen Latour in Wien hängte, in Hamburg wiedererkannt und dessen Verhaftung bewirkt haben.

[Zu den Enthüllungen über die Thätigkeit der zweiten Dresdener Kommission] bemerkt der Magd. Korr.: „Wir müssen offen die Ueberzeugung aussprechen, daß durch die Vorschläge der zweiten Konferenz-Kommission, sollten sie je praktische Geltung erlangen, die Verfassungen der Einzelstaaten jeder Willkür preisgegeben würden. Die Kommission beruft sich auf die Bestimmungen der alten Bundesgesetze, um danach ohne Weiteres die Abänderung von Bestimmungen der Einzelverfassungen wie der Landesgesetze zu fordern, und nimmt zugleich für die Bundesgewalt das Recht in Anspruch, ihrerseits mit allen für gut befundenen Mitteln die Durchführung solcher Abänderungen zu bewirken. Zunächst muß es im höchsten Grade auffällig erscheinen, wie die Abgesandten der Einzelstaaten, die an der betreffenden Kommission betheiligt waren, überhaupt zu solchen Vorschlägen kommen konnten. Die Regierungen, als deren Vertreter die Bevollmächtigten nach Dresden gingen, sind durchgehend konstitutionelle Regierungen, die an bestimmte heimathliche Staatsgrundgesetze gebunden sind; und diese Propositionen athmen nichts Anderes, als den absolutistischen Geist der Karlsbader und Wiener Konferenzbeschlüsse. Wo von Fürsten und Völkern, von den Ministern und ihren Räthen die heiligsten Eidschwüre auf die treue Beobachtung und Wahrung der Landesverfassungen geleistet wurden, da kann doch unmöglich von einer beliebigen Bevollmächtigten-Versammlung jede willkürliche Veränderung oder Umgestaltung dieser Verfassungen endgültig beschlossen werden. Auch die Abänderung der Landesverfassung und die Reform der Gesetzgebung ist in den Staatsgrundgesetzen jedes Einzelstaates wohl vorgesehen. Sie findet ihre Regelung in eben derselben Verfassung, welche Fürst und Volk durch den Eid bekräftigt haben. In dieser Hinsicht enthalten aber alle Landesstatuten die gleichmäßige Bestimmung, daß Verfassungs- und Gesetzesänderungen nur durch das Zusammenwirken der Regierung mit den legislativen Organen des Landes herbeigeführt werden dürfen."

[Das Verbot der Schrift] „Die Dresdener Konferenzen" durch die sächsische Regierung, erscheint als Folge von Erörterungen im Schooße der Konferenz selbst. Nach einem Berichte im „H. C." wurde diese neue Indiskretion, die unzweifelhaft von einem Bevollmächtigten ausgegangen, auf's Uebelste vermerkt, und in der Plenarsitzung vom 15. März fielen scharfe Rügen über die allseitig gelobte und nun doch immer rücksichtsloser verletzte Disziplin in dieser Beziehung. — Für die Presse wäre es übrigens wirklich eine Wohlthat, wenn den weiteren Veröffentlichungen einigermaßen Einhalt gethan würde. Wir sind jetzt über Geist und Tendenz der Konferenzen, so wie über alle etwa möglichen Resultate so hinreichend orientirt, daß das neue Material, das etwa noch weiter der Vollständigkeit wegen aufgenommen werden müßte, leicht vermißt werden kann.

Die Aussicht dafür ist aber gering. Wie zum Spott des eben neu eingeschärften Katechismus der diplomatischen Pflichten veröffentlicht die „Augsb. Allg. Ztg." grade in diesem Augenblicke ein neues umfassendes Aktenstück, den in der dritten Kommission beschlossenen „Entwurf einer Uebereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handels und Verkehrs." Derselbe besteht aus 22 Artikeln, deren wichtigste folgende sind: Art. 1, nach welchem die Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Waaren aller Art aus oder nach dem Gebiete eines andern Bundesstaates in keinem Bundesstaat verboten werden darf. Ausnahmen sind nur bei Salz, Tabak, Tabakfabrikaten, Schießpulver, Spielkarten und Kalendern oder aus gesundheitspolizeilichen Gründen zulässig. Art. 4, der für einige Rohprodukte freie Einfuhr gestattet. Art. 8, welcher ein allgemeines deutsches Zollkartel vorbereitet. Art. 9, welcher die Schifffahrt der Bundesstaaten völlig gleichstellt, mit Ausnahme der Cabotage. Art. 11 und 12, welche völlige Gleichheit der verschieden Staatsangehörigen feststellen bezüglich der Entrichtung von Gebühren und Abgaben, in Häfen, auf Flüssen und künstlichen Wasserstraßen. Art. 15, welcher gleiche Behandlung der deutschen, aber nicht einheimischen Gewerbs- und Handelsleute mit den jeweilig einheimischen feststellt. Art. 16 bereitet zu einem allgemeinen Münzkartel vor. Art. 17. Bundesangehörige sollen von jedem Konsul eines Bundesstaats vertreten werden, wo kein Konsul ihres speziellen Vaterlandes residirt. Die Konsulargebühren wie für die Einheimischen. Art. 18 stellt die Ausführung dieser 17 Artikel unter die Oberaufsicht der Bundesversammlung. Art. 19 spricht von einer im Jahre 1858 zu berufenden Versammlung, welche die völlige Handelseinigung berathen würde. Bis dahin sollen von keinem Staate diesem Zwecke hinderliche Verträge abgeschlossen werden. Art. 20 dehnt die Bestimmungen des Entwurfs auf die nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs aus. Art. 21 verlangt Einstimmigkeit zur Aufhebung oder Abänderung dieser Bestimmungen. — Zum Schluß wird die Voraussetzung ausgesprochen, daß bis zum Zeitpunkt der Vollziehung der Uebereinkunft der in Oesterreich vorbereitete neue Tarif zur Ausführung gelangt sein werde. Ferner werden an die zukünftige Bundesgesetzgebung verwiesen: 1) ein allgemeines Handels- und Seerecht; 2) die Herbeiführung eines gleichmäßigen Münz-, Maß- und Gewichtssystems; 3) allgemeine Vorschriften über Schutz der Erfindungen 2c. und 4) allgemeine Vorschriften über die Zulassung von Versicherungs-Anstalten eines Staates zum Geschäftsbetrieb in den andern. 11 Gegenstände, darunter Ermäßigung oder Aufhebung von Zöllen, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen werden auf den Vertragsweg verwiesen. (N. Z.)

[Die deutsche Marine.] Es sind neuerdings die dringendsten Anträge der centralen Bundes-Kommission in Betreff weiterer Bestimmungen über die bereits vorhandenen Stücke der deutschen Kriegsmarine eingegangen. Auch erfordert das Loos der dabei schon betheiligten Personen endlich genaue Feststellungen. Man vernimmt von preußischer Seite sogar einige neue Ernennungen, was auf feste Absichten in Bezug auf die Zukunft eines Theiles der Marine schließen läßt. Unterdeß beschäftigen sich die Beamten der Bundes-Kommission zum Theile mit der Kodifikation von Vorschriften über den Flottendienst. Hierbei herrscht z. B. hinsichtlich der Disziplinarmittel eine große Verschiedenheit, indem unter Anderm von preußischer Seite gegen die von Wien aus dringend empfohlene Einführung des österreichischen Strafsystems protestirt wird. Die preußischen Kommissarien berufen sich auf den trefflichen Zustand der preußischen Landmacht ohne Schläge, und die österreichischen auf den trefflichen Zustand der ihrigen mit Schlägen; die Entscheidung ist also zweifelhaft. (Sp. Z.)

[Vereinswesen.] Das königl. Ministerium des Innern hat aus der gegenwärtigen Gestaltung des Vereinswesens Veranlassung genommen, die Landespolizei-Behörden durch eine allgemeine Verfügung zur größten Sorgfalt in Betreff der Ueberwachung zu veranlassen. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß unter dem äußerlich unschuldigen Deckmantel gewerblicher oder wohlthätiger Zwecke sich verbrecherische Zwecke verhüllten, deren Verfolgung das Staatswohl erheische. Jene Vereine ständen überdies sowohl unter sich, als mit verschiedenen Central-Organen in Leipzig, Berlin 2c. in einer durch das Gesetz verbotenen Verbindung. Die Behörden sollen deshalb nicht blos die neue Entstehung solcher Vereine sorgfältig überwachen, sondern auch die bereits vorhandenen Vereine unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften streng im Auge behalten. Die Ueberwachung der Gesetze soll zunächst Schließung, demnächst aber und zwar binnen 48 Stunden Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zur Folge haben, damit dieselbe sofort zur weitern Verfolgung der ermittelten Gesetzwidrigkeiten schreiten könne. Speziell bezieht sich das Ministerium auf einen im vorigen Jahre in Bernau vorgekommenen Fall, welcher zeige, wie man geflissentlich geheime Verbindungen zu betreiben suche. (C. Z.)

Berlin, 25. März. [Tagesbericht.] Gestern Abend um 6 Uhr hatte der Herr Ministerpräsident in Gemeinschaft mit dem Grafen v. Alvensleben einen fast zweistündigen Vortrag vor Sr. Majestät dem Könige in Charlottenburg.

Graf v. Alvensleben ist heute früh wieder nach Dresden abgegangen.

Heute Vormittag 11 Uhr trat der Ministerrath zu einer Berathung im Staatsministerium zusammen.

Der Justizminister hat auch einzelnen angesehenen Gerichtsärzten den Entwurf der Strafprozeßordnung zugehen lassen und ihr Gutachten über die in das Gebiet der forensischen Medizin einschlagenden Bestimmungen eingefordert. Der hiesige Stadtphysikus geh. Medizinal-Rath Prof. Casper hat, wie wir hören, ein umfassendes Gutachten ausgearbeitet. (N. P. Z.)

Die 35ste Sitzung der ersten Kammer wird am Donnerstag Vormittags 10 Uhr stattfinden. Tagesordnung: 1) Der Antrag der Kommission für Rechtspflege hinsichtlich der am Schlusse ihres Berichts über den Entwurf einer Gebühren-Taxe für die Gerichtsvollzieher im Sprengel des rheinischen Appellationsgerichts zu Köln aufgeführten Petitionen. 2) Bericht der Kommission für gewerbliche Angelegenheiten über mehrere Petitionen. 3) Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer. (P. Z.)

Die Kammersitzungen fallen heute zu Ehren des katholischen Feiertages „Mariä Verkündigung" aus.

Der „Norddeutschen Ztg." in Stettin wird von hier geschrieben: „Wie man mit Bestimmtheit hört, steht demnächst eine Fortsetzung desjenigen Skandals zu erwarten, welchen die Verhandlungen des Waldeck'schen Prozesses in so reichem Maße zu Tage förderten. Ein früherer Kaufmann, Engel, hat gegen den Postsekretär a. D., Gödsche, eine Reihe von Anschuldigungen erhoben, welche schon jetzt einen stark gefärbten politischen Hintergrund haben und vielleicht ein neues Licht über die Umtriebe verbreiten, als deren blindes Werkzeug damals der bekannte Ohm auftrat. Es sind unter der Leitung des gegenwärtigen Polizei-Assessors Stieber verschiedene Haussuchungen vorgenommen, welche nicht unbedeutende Resultate ergeben haben. Piersig, der ehemalige Privatsekretär Gödsche's, hat neuerdings wichtige Eröffnungen gemacht, und noch wesentlicher soll der Inhalt einer Reihe von Protokollen sein, welche in Stockholm mit dem dort jetzt weilenden Ohm aufgenommen sind. Herr Gödsche, der einstweilen „seine Person von der Sache der „N. Preuß. Ztg." trennt", d. h. die Redaktion des Zuschauers der genannten Zeitung niedergelegt hat, wird sich demnächst zuerst gegen verschiedene Denunciationen verantworten, welche nicht blos der Staatsanwaltschaft übergeben, sondern auch in einer übrigens sehr schmutzigen Broschüre an die Oeffentlichkeit gebracht sind."

Die amtliche Publikation der Ernennung des Herrn v. Selchow zum „Regierungs-Vice-Präsidenten" enthält um deshalb nicht den Beisatz „in Liegnitz", weil bei der Regierung in Liegnitz eine Vicepräsidentenstelle nicht existirt, und Herr v. Selchow, da die Stelle eines Chefpräsidenten dem, nach dem ausdrücklichen Willen Sr. Majestät des Königs noch hier verbleibenden Herrn Polizeipräsidenten v. Hinckeldey zugesichert ist, nur in Vertretung des Chef-Präsidenten die Präsidialgeschäfte bei der Liegnitzer Regierung wahrnehmen soll. Der allgemeine Charakter eines Regierungs-Vicepräsidenten ist ihm in Rücksicht auf diese Funktionen beigelegt worden.

Die traurigen Folgen einer Verschuldung vergangener Zeit sollen jetzt von der Regierung und dem Lande, so weit dies noch möglich ist, gesühnt werden. Die Regierung hat kürzlich den Kammern (wie bereits gestern gemeldet) ein Gesetz wegen Bewilligung eines Kredits von 600,000 Thlrn. zugebracht, um die Anstalten zur Ernährung und Erziehung der oberschlesischen Typhuswaisen herzurichten. Der Betrag soll innerhalb 10 Jahren, also bis zum 1. Januar 1861 in angemessenen jährlichen Raten verwendet werden. Die Einrichtungen, welche die Regierung nach den Vorschlägen einer für diesen Zweck zusammengetretenen Kommission bezweckt, werden bestehen: in 20 Bewahr- und Pflege-Anstalten, in 5 landwirthschaftlichen Anstalten, jene für je 50 Kinder beiderlei Geschlechts unter 10 Jahren, diese für je 100 Knaben von 11 bis 16 Jahren, ferner eine Dienstanstalt für Mädchen von 11 bis 16 Jahren. Die Einrichtungskosten sind im Ganzen auf 49,000 Thlr., die Unterhaltungskosten für 10 Jahre auf 785,118 Thlr. veranschlagt, wovon etwa 200,000 Thlr. durch die Bestände der bereits veranstalteten Sammlungen und durch die noch zu erwartenden Zuwendungen der kirchlichen Freunde der betheiligten kath. Bevölkerung gedeckt werden sollen. Der Bestand der Sammlungen beläuft sich auf etwa 120,000 Thl. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Kammern den geforderten Kredit bewilligen werde. In der Kommission der ersten Kammer zur Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Einführung einer Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer, hat die von der zweiten Kammer beliebte Bestimmung: „die aufgestellten Steuersätze erleiden bis zum 31. Dezember 1855 keine Veränderung," lebhafte Debatten hervorgerufen, obschon die Mehrheit (8 gegen 7 Stimmen), diese Bestimmung acceptirte. Einige Mitglieder wünschten den 31. Dezember 1852 als Endtermin, indem sie hervorhoben, daß der Staatsbedarf pro 1853 jetzt noch gar nicht zu übersehen sei, daß von da ab bei der Staatsschulden-Tilgung eine Ersparniß von mehr als einer halben Million eintreten müsse, und daß ferner die aus der Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten zu erwartenden, nach ihrem Betrage nicht zu übersehenden Mehr-Einnahmen in Aussicht ständen. Bis dahin — führte man an — würde auch die diesseitige auswärtige Politik sich fixirt haben, und es würde sich übersehen lassen, ob die alsdann von Preußen eingenommene politische Stellung die Beibehaltung des jetzigen Militär-Budgets fordere. Nach einer andern Ansicht sollte der 31. Dezember 1853 der Schlußtermin sein, weil mit dem 1. Januar 1854 eine neue sehr wesentliche Veränderung für die indirekten Steuer-Verhältnisse herbeiführende Zollperiode beginnt. Von dritter Seite wurde der Wegfall beantragt, indem man nicht sowohl in der Nothwendigkeit zur Erhöhung der Staats-Einnahmen, als in derjenigen zur schärferen Heranziehung der Reicheren, den Armen gegenüber, den Hauptzweck des Gesetzes erkannte und daraus folgerte, daß die Genehmigung auf Zeit die öffentliche Meinung nicht zu Gunsten der Kammern stimmen könne. Gerade, daß man die künftigen Kammern gewissermaßen zur Beibehaltung des Prinzips nöthige, sei wünschenswerth und angemessen. — Eine neue Gesetzesvorlage enthält Bestimmungen über die Diäten und Reisekosten der Abgeordneten zur zweiten Kammer. Neu ist darin die Bestimmung, daß bei Vertagungen, die länger als 8 Tage währen, keine Diäten gezahlt werden. Auch ist die schon länger projectirte Bestimmung darin enthalten, daß Staatsbeamte bis zur Hälfte ihres Gehaltes die durch ihre Wahl zu Abgeordneten erwachsenden Vertretungskosten tragen müssen. Nur für die ersten vier Wochen vom Tage der beginnenden Vertretung werden die Kosten der letzteren vom Staate getragen, dagegen sollen Beamte zum Eintritt in eine der beiden Kammern wie schon bisher keines Urlaubes bedürfen. (C. B.)

Der Regierungsrath v. Kamptz zu Merseburg ist sicherem Vernehmen nach an Stelle des jetzigen Regierungs-Präsidenten v. Sanden, als Ober-Regierungsrath nach Köslin versetzt worden. (C. C.)

Greifswald, 23. März. [Berichtigung.] Unter diesem Datum geht uns vor der königlichen Staatsanwaltschaft die folgende „Berichtigung" zu: „Die Nummer 138 der Constitutionellen Zeitung enthält die Nachricht, daß die in Greifswald auf den 19. d. M. anberaumt gewesene öffentliche Verhandlung wider Hassenpflug auf unbestimmte Zeit ausgesetzt sei, weil: „wie Einige behaupten, das Justizministerium die eingeforderten Akten noch nicht zurückgesandt habe." Die Akten sind von dem königlichen Justiz-Ministerium gar nicht eingefordert, sondern der anberaumte Termin ist von dem königlichen Kreisgerichte aufgehoben worden, weil die kurfürstlich hessische Regierung die Behändigung der Anklage und Vorladung an den Angeklagten verweigert hat." (C. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 23. März. [Verschiedenes.] Wie wir hören, soll nun auch die Paulskirche bald wieder in integrum restituirt werden, wozu mittelst Sturm und Regens auch die deutsche Fahne auf dem Thore des Bundestagspalais gehört, die nur noch in kaum kenntlichen Fetzen ihr Dasein bekundet, und mit der „Neugestaltung" Hand in Hand zu gehen scheint. Bis zum Einzug der neuen Bundesbehörde dürfte ohne äußeres Zuthun die letzte Spur der Fahne verschwunden sein. Gerüchtsweise erwähnen wir, daß unsere Stadt im nächsten Sommer Sitz eines glänzenden legitimistischen Kongresses um die Person des Grafen v. Chambord werden soll. Nicht unmöglich, daß die wahrscheinliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse zur Wahl des Ortes einladet. — Ihre neue „Preußische" enthielt jüngst Data über die deutsche Flotte, die wesentlich mit dem stimmen, was auch wir Ihnen mitgetheilt haben. Wir fügen noch hinzu, daß die Martikularbeiträge für dieses Jahr bereits so gut als gedeckt erscheinen und viele derselben schon berichtigt sind. Auch die Aussicht für die Flotte gestaltet sich etwas besser und kommt es überhaupt zu einer irgend so zu nennenden Einigung, so ist eine allmälige Vergrößerung derselben nicht unwahrscheinlich, während anderntheils ein Abtakeln derselben oder eine Verminderung der Mannschaft nur einstweilen Behufs etwa möglicher Ersparungen in Vorschlag gebracht, aber noch keineswegs ausgemacht ist. Des nächstdem hier eintreffenden Contre-Admirals Brommy Urtheil wird über letztere Angelegenheit (Ersparung) entscheiden. Eine an der Wesermündung früher aufgeführte Befestigung für die sog. Reichsbatterie ist vorbehaltlich der Zurückgabe an Hannover übergeben; die Batterie ist Bundeseigenthum. (C. Z.)

München, 22. März. [In der heutigen Sitzung] der Kammer der Abgeordneten wurde der Antrag des Fürsten Wallerstein „auf Bildung eines besondern Ausschusses für seinen Antrag in Betreff der Niederlegung der Papiere über die kurhessische Frage 2c. auf den Tisch des Hauses" einstimmig angenommen und die Zahl der Ausschußmitglieder auf neun festgesetzt. (D. A. Z.)

Die „N. Münch. Zeitung" erklärt die Angabe verschiedener Zeitungen, daß der Legationsrath Dönniges sich nach Berlin begeben habe, um eine Verständigung zwischen dem baierschen und preußischen Kabinet zu Stande zu bringen und den Abfall Baierns von Oesterreich vorzubereiten, für eine Erfindung, und schreibt seine Anwesenheit in Berlin nur einem Besuche seiner dortigen Anverwandten zu.

Bernburg, 22. März. Das Regierungs- und Intelligenz-Blatt bringt eine Verordnung, welche dem Staatsminister Hempel den Vorsitz im Staatsministerium überträgt und den Regierungsrath von Schätzell aus Danzig zum zweiten Mitgliede desselben ernennt, beiden aber den Titel Geheimerath verleiht.

Oldenburg, 23. März. Der Ministerialrath v. Eisendecher ist gestern Abend von Dresden hier eingetroffen. Vielleicht steht seine Herüberkunft mit jenen wichtigen Fragen in Verbindung, die dem Landtage gegenüber ihrer baldigsten Lösung auf die eine oder andere Weise entgegengehen müssen. (Weser-Z.)

Hamburg, 24. März. Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Leopold ist heute früh über Magdeburg nach Prag abgereist. (H. C.)

Aus Schleswig-Holstein, 24. März. Heute mit dem Jahrestag der Erhebung ist die Entwaffnung, die Auflösung der Armee so ziemlich vollendet; heute werden die braven Jäger-Korps, der Stolz des Landes, in ein neues sogenanntes Jäger-Korps des Bundes-Korps vereinigt und umgemodelt. Der dänische Gesammtstaat reift heran, die Wiederherstellung zu dem status ante bellum, des altherkömmlichen Verhältnisses der Herzogthümer, läuft darauf hinaus, daß beide dasselbe Schicksal theilen werden, mit einer nominellen Scheinselbstständigkeit zu Provinzen Dänemarks herabzusinken. Die Organisation des Bundeskontingents wird nicht allein von dänischen Offizieren geleitet, sondern auch das Oberkommando wird von dänischen Offizieren übernommen werden; der Mehrzahl nach werden dänische Offiziere in dessen Reihen kommandiren. Es leidet auch kaum noch einen Zweifel, daß die österreichischen und preußischen Truppen in Kürze das Land, etwa mit Ausnahme einer kleinen Besatzung in Rendsburg, verlassen werden, um auch Holstein der dänischen Herrschaft zu überliefern. — Mittlerweile sorgen die Dänen auch für spätere Eventualitäten. Friedrichstadt, dessen Wichtigkeit die neuesten Ereignisse gelehrt haben, das ihnen den Besitz Schleswigs mehr sichert als Rendsburg, wird von ihnen in eine Festung umgewandelt werden. Die Arbeiten sind bereits in Angriff genommen. (N. Z.)

Kopenhagen, 22. März. Die vertrauliche Sitzung des Volksthings währte heute bis 3 Uhr. Grundtvig's Interpellationen gaben zu einer lebhaften Diskussion über die politische Lage des Landes im Allgemeinen Anlaß, an welcher die angesehensten Reichstagsmänner und mehrere Mitglieder des Staatsraths Theil nahmen. — In der heutigen Sitzung des Landsthings wurde die Genehmigung zu folgender Interpellation von H. P. Hansen ertheilt: „**Wie gedenkt die Regierung** die Verhältnisse Dänemarks den Herzogthümern gegenüber bei der Umgestaltung ihrer gegenwärtigen Stellung zu ordnen, und kann Dänemarks grundgesetzmäßige Verfassung bei der künftigen Verbindung mit Schleswig als gesichert angesehen werden?"

Oesterreich.

8 **Wien**, 24. März. [Gerüchte von europäischen Krisen. — Verhaftungen.] Der Sekretär der hiesigen englischen Botschaft hat in den diplomatischen Zirkeln eine Nachricht verbreitet, welche in den höhern Schichten der Gesellschaft ungemeine Sensation erregt und auch in der That geeignet scheint, auf die nächste Entwickelung der europäischen Verhältnisse den größten Einfluß zu üben. Es soll nämlich **der Austritt John Russells aus dem englischen Ministerium erfolgen und Lord Palmerston an die Spitze eines neuen Kabinets treten, das aus Whigs, Peeliten und einigen Männern der brittischen Bourgeoisie gebildet würde**; das letztere Element in der Regierung Großbrittaniens wäre jedenfalls eine unerhörte Neuerung und als der Beginn einer inneren Umgestaltung des englischen Staatslebens zu betrachten, gegen die selbst eine französische Staatsumwälzung in Bezug auf ihre Folgewichtigkeit in Schatten treten müßte. — Neuerdings taucht in den politischen Kreisen das bereits erloschene Gerücht von einer zum Abschluß gekommenen geheimen Allianz zwischen England, Frankreich und Preußen auf, die durch die letzte Reise des Herrn von Radowitz nach London gezeitigt worden sein soll. Die Hinneigung des Elysee zu der preußischen Politik wird durch alle direkten Nachrichten aus Paris bestätigt und die Früchte des längeren Aufenthaltes des Herrn Persigny in Berlin scheinen nun mehr sichtbar zu werden. Man glaubt die Nachgiebigkeit des preußischen Kabinets sei blos ein Nothbehelf des Augenblicks gewesen, weil im November 1850 die Dinge noch nicht gereift waren und erklärt sich das kühnere (?) Auftreten in Berlin durch den mächtigen Rückhalt, den man sich im Auslande gewonnen zu haben schmeichelt. Im Offizierkorps giebt sich abermals eine hitzige Stimmung gegen Preußen kund, was jedesmal ein Inspiration von Oben ist. Allgemein herrscht in der Armee der Glaube vor, daß der politische Horizont sich täglich mehr und mehr trübe und daß die Kriegsrüstungen bald von Neuem beginnen müßten, eine Ansicht, die dem Instinkte gleicht, der ohne irgend ein Raisonnement den Sturm vorherempfindet, der bald darauf aus den Wolken daherbraust. — Drei in der Kanzlei der k. k. Stückgießerei angestellte Artillerie-Unteroffiziere wurden gestern durch eine aus einem Major, einem Hauptmann und drei Subalternoffizieren bestehende Kommission auf Befehl des Militärgouvernements verhaftet und in drei verschiedenen Fiacres in das Stabsstockhaus gebracht, indeß ihre Schriften insgesammt mit Beschlag belegt wurden. Die Verhafteten sind vor Kurzem von Prag hierher versetzt worden und man vermuthet deshalb, daß diese Verhaftungen mit Enthüllungen des Prager Prozesses zusammenhängen mögen, die also auch in den Reihen der Armee ihre Verzweigungen gehabt hätte.

Wien, 25. März. [Ueber den Aufenthalt Sr. Maj. des Kaisers] ist uns nachstehende Mittheilung zugekommen: „Triest, 23. März. Se. Maj. der Kaiser besuchten gestern das festlich erleuchtete Theater und wurden von dem sehr zahlreich versammelten Publikum mit lebhaften Beifallsäußerungen empfangen. Heute, als dem Jahrestage der Schlacht von Novara, wurde um 9 Uhr eine feierliche Militärmesse in der Antonio-Nuovo-Kirche abgehalten, der Se. Majestät unter Intervenirung der hier anwesenden Militär-Autoritäten beiwohnten. Nach derselben ließen Se. Majestät die in voller Parade ausgerückten Truppen vor sich defiliren. — Hierauf waren die Vorstellungen der hohen Militärs, des Stabsoffizier-Corps der Armee und der Marine, so wie der sämmtlichen k. k. Civilautoritäten und des Triester Stadtrathes mit der Nationalgarde. — Bei dem großen militärischen Diner geruhten Se. Majestät einen Toast auf den „Sieger von Novara" auszubringen, welcher von dem anwesenden greisen Feldmarschall mit der bescheidenen Bemerkung erwiedert wurde: daß der Sieg der Armee gebühre, welche Alles für ihren Kaiser einsetze, den Gott erhalten wolle.

Gestern ist Baron Schilling, königlich preußischer Oberst, nach Dresden abgereist. (O. C.)

Schweiz.

Bern, 20. März. Die Flüchtlinge haben neuerdings wieder einen Protest gegen ihre Ausweisung eingesendet, in welchem sie erklären, daß eine Republik ihnen ein Asyl gewähren muß. — Auch die Neuenburger Regierung hat die im Kanton befindlichen Flüchtlinge eingeladen, entweder den Kanton zu verlassen oder Kaution zu stellen.

Tessin, 19. März. Gestern kam in Bellinzona die erste Abtheilung der ungarischen Deserteure an, welche von der sardinischen Regierung zurückgeschickt wurden. Heut wird die zweite erwartet. Sie werden hier bis zu ihrer Abreise nach Frankreich, welches ihnen den Durchpaß gestattet hat, verpflegt werden. (Preuß. Z.)

Frankreich.

× **Paris**, 23. März. [Tagesbericht.] Die Schwierigkeiten, ein definitives Kabinet zu bilden, nehmen eher zu als ab. Wie Sie wissen, handelte es sich darum, Herrn O. Barrot zu bewegen, die Leitung der Geschäfte mit den H.H. Baroche und Fould zu übernehmen. Der Widerstand war groß, und es war ganz natürlich, daß ein so parlamentarischer Mann wie Herr Barrot, es verweigerte, mit Ministern auf einer Bank zu sitzen, gegen welche die Majorität der Nat.-Versammlung ein Mißtrauensvotum abgegeben hat. Dieses Hinderniß erschien indeß nicht unübersteiglich, und kündigte man bereits an, daß Herr Barrot geneigt sei, nachzugeben. Seitdem dieser aber vorgestern in der Kommission gegen die Anwendung des Wahlgesetzes vom 31. Mai auf die Gemeindewahlen gesprochen und votirt, hat sich die Situation vollständig verändert; jetzt sind es die HH. Baroche und Fould, welche sich mit Barrot nicht alliiren wollen, da sie ihn als „kompromittirend" ansehen. Auch spricht man heute schon von einer neuen Combination mit L. Faucher. Dieser soll das Portefeuille des Innern übernehmen, Baroche die Justiz, Fould die Finanzen und Drouin de Lhuys das Auswärtige.

Ich glaube indeß noch lange nicht an die Auflösung des Interims-Kabinets. Allerdings drängen die vernünftigen Freunde des Präsidenten, daß er dem gegenwärtigen Zustande ein Ende mache; allerdings haben die transitorischen Minister ihre Posten sehr zum Ueberdruß; trotzdem aber glaube ich, wird der Präsident Alles aufbieten, diese Minister bis zum letzten Augenblick zu behalten, d. h. bis zu dem Moment, wenn die National-Versammlung die große Debatte über die Verfassungsrevision eröffnen wird. Welchen Männern der Präsident alsdann sein Interesse anvertrauen wird, ist schwer vorherzusagen. Die HH. Fould und Baroche sind ohne Zweifel Minister, wie sie sich der Präsident von Herzen wünscht; aber dieser Wunsch kann leicht modifizirt worden sein, seitdem sich die beiden Herren so entschieden für das beschränkte Wahlgesetz erklärt, ein Gesetz, das im Elysee immer noch unbeliebt ist.

Das Elysee verfolgt unterdeß das Projekt der Annäherung zu den Legitimisten. Wie bereits gemeldet, ist ein Kourier an Hrn. v. Falloux nach Venedig abgeschickt worden. Dieser Kourier heißt es, soll die Meinung des Grafen von Chambord über die Verlängerung der Präsidialgewalt Bonapartes einholen. Es ist aber zu präsumiren, daß der Kourier zu spät ankommen, und daß der Graf von Chambord bereits nach Frohsdorf abgereist sein wird. Personen, die die Gesinnungen des Prinzen zu ken-

nen glauben, versichern, daß wenn sich derselbe noch in Venedig befinden sollte, er die ganz formelle Erklärung gegen jede Verlängerung der Präsidialgewalt geben werde.

Was nun aber auch an diesen Konjekturen sein mag, und ob sich der Graf von Chambord für oder gegen die Verlängerung ausspreche, gewiß ist, daß das Elysee das Projekt mit Eifer verfolgen, die Verlängerung zuerst bei der National-Versammlung beantragen, und wenn sie diese verweigert, bei dem Lande drum anhalten wird. Dieser Entschluß ist ein für allemal gefaßt.

Es wird erzählt, daß der Präsident jüngst in einer Unterhaltung sich dahin ausgesprochen, er werde sich, falls er sich einer Neuwahl unterwerfen müßte, an das allgemeine unbeschränkte Stimmrecht wenden. Ich glaube versichern zu können, daß der Präsident dies wirklich erklärt hat. Das Elysee erkennt zwei Wähler-Kategorien an: die eine, welche die National-Versammlung zu wählen hat, wird nach dem Gesetze vom 31. Mai geleitet, die andere, welche den Präsidenten ernennt, besteht aus allen denen, welche vor dem Gesetze vom 31. Mai gewählt haben. Louis Napoleon ist vollkommen überzeugt, daß die 6 Millionen Stimmen vom 10. Dezember sich total wieder finden werden, wenn man sie befragen sollte. Er weiß zwar durch den Chef der Gendarmerie, daß der Sozialismus in vielen Departements große Fortschritte gemacht hat, aber das beirrt ihn nicht. „Ich habe im Jahre 1848 — soll er gesagt haben — eine große Anzahl sozialistischer Stimmen erhalten, ich werde sie auch jetzt bekommen. Im Uebrigen habe ich keinen ernstlichen Konkurrenten, und bin meiner Sache gewiß."

Die rothen Journale fordern das Volk zur Geduld auf. Es steht aber leider zu befürchten, daß sie nicht werden gehört werden. Allerdings handelt es sich hier nicht um das Volk, sondern um Klubbisten, Revolutionaire von Profession, welche man in Paris auf 10,000 Mann schätzt, und die darauf rechnen 15,000 Arbeiter mit in den Aufstand zu ziehen. Die Furcht vor einer neuen Emeute wird von vielen ernsten Männern getheilt, so unwahrscheinlich sie auch für jetzt sein mag.

Der päpstliche Nuntius hat dieser Tage mehre Zusammenkünfte mit dem Erzbischof von Paris gehabt. Wie es heißt, hat er den Bischof von Chartres nach Paris mandirt, um eine Ausgleichung zwischen den zwei Prälaten zu Wege zu bringen.

Die Entwaffnung der Straßburger Nationalgarde ist am 10. ohne jedes Hinderniß beendigt worden. Von den 7,118 vertheilten Gewehren fehlen nur 49.

Großbritannien.

* **Ostende,** 23. März, 8 Uhr Abends. Die englische Post ist soeben um 12 Stunden zu spät eingetroffen.

Die Londoner Journale sind ohne politische Neuigkeiten.

Die Londoner Börse vom 22. war unverändert. Conf. 96½.

Griechenland.

** Man schreibt aus Athen vom 18. d. M.: „Vor einigen Tagen fand in der hiesigen Deputirtenkammer eine stürmische Sitzung statt, welche leicht den Sturz des Ministeriums hätte herbeiführen können. Ein Verbrecher Namens Kavurinos, welcher von dem Gerichtshofe zu Nauplia zur Todesstrafe verurtheilt worden war, litt seit seiner Verhaftung an einer Hiebwunde, welche später so entartete, daß sich ein Krebsübel dazu gesellte. Die Aerzte machten Vorstellungen, daß der Verurtheilte nur noch wenige Tage zu leben haben werde. Einer Operation wollte sich derselbe um keinen Preis unterziehen. Der Justizminister wollte der Bevölkerung das Schauspiel der Hinrichtung eines halbtodten Mannes ersparen, und so ward denn die über ihn verhängte Todesstrafe in lebenslänglichen Kerker verwandelt. Da stellte sich plötzlich heraus, daß der Kranke nichts weniger als inkurabel war, der Krebs war mit einem Male gänzlich verschwunden. Allgemein sprach man davon, daß eine betrügerische Täuschung zum Grunde liege. Der Justizminister ernannte sofort eine Kommission, welche den Vorfall auf das Genaueste untersuchen soll. Der Abgeordnete Metelopulos griff den Justizminister aus diesem Anlasse auf das Heftigste an, und beinahe wäre das gegen das Ministerium beantragte Mißtrauensvotum unter dem Vorgeben, es habe die Täuschung begünstigt, durchgegangen, wenn nicht der Kriegsminister seine Kollegen eben so beredt als energisch vertheidigt hätte. Erst hierauf ward die von dem Mitgliede Chrysantopulos vorgeschlagene einfache Tagesordnung genehmigt.

Osmanisches Reich.

** Man schreibt aus Konstantinopel vom 9. März. General Dembinski, der aus Kiutahia vor Kurzem hier eintraf, wird nach beiläufig 14tägigem Aufenthalte sich nach Marseille einschiffen. Er machte ihm Verlaufe dieser Tage seine Aufwartung bei Sir Stratford Canning und dem sardinischen Geschäftsträger, Baron Tecchio. Nächstens wird er bei den türkischen Ministern Audienz nehmen, um seinen Dank für seine Freilassung auszusprechen. In Betreff der Internirungsfrage währen die Verhandlungen noch fort, so viel scheint ausgemacht, das nur die minder Gravirten unter ihnen die Freiheit zur Abreise erhalten werden. — Aus Belgrad wird berichtet, daß Bulgaren in großen Massen nach dem Fürstenthume Serbien auswandern. Die Ursache dessen liegt in den zahlreichen Verhaftungen, welche kürzlich zu Widdin und in der Umgebung vorgenommen worden sind. Der Gouverneur Ali Rizza Pascha soll den Bulgaren abhold gesinnt sein. Die Pforte hat zwar vor einigen Monaten das Gesuch der Bulgaren, daß ihre Bischöfe regelmäßig aus den Gemeindekassen besoldet werden sollen, bewilligt, auch den Bischofstab zu Widdin einem Manne verliehen, der das volle Vertrauen der Nation genießt, allein der Gouverneur soll diese Koncession als vorzeitig und ungerechtfertigt ansehen, überdies die Meinung hegen, daß den Bewegungen in Bulgarien revolutionäre und panslavistische Motive zum Grunde lägen. In Folge dessen hat er namentlich auf die Mitglieder jener Deputation, welche sich dazumal nach Konstantinopel begab, fahnden lassen. Die Kompromitirten und Betroffenen wenden sich daher nach den Grenzen des Fürstenthums Serbien, wo sie gastliche Aufnahme und volle Sicherheit zu finden gewiß sind.

Provinzial-Zeitung.

Sitzung des Gemeinde-Rathes am 24. März.

Vorsitzender: Buchhändler Aderholz. Anwesend 68 Mitglieder der Versammlung.

1. Der zur Kenntnißnahme der Versammlung vorgelegte Abschluß des hiesigen Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds für das Jahr 1850 ergab eine Einnahme von 260,303 Thalern und eine Ausgabe von 259,797 Thalern. Die Obligationsschuld ist in dem gedachten Jahre um 123,715 Thaler vermindert worden. Sie bestand demnach ult. Dezember 1850 noch in 316,918 Thalern und außerdem in den unverzinslichen Zinsscheinen im Betrage von 191,762 Thalern. Die Vorlage enthielt zugleich die Bescheinigung, daß die angekauften Obligationen durch Feuer vernichtet worden waren.

2. Ein Reskript der k. Regierung vom 6. d. M. enthielt die Bestätigung der vom Gemeinderathe gewählten Mitglieder der städtischen Schulen-Deputation, der Herren Aderholz, Beyer und Weigelt und außerdem die vom Magistrate erbetene Vorbescheidung über das Fortbestehen der städtischen Schulen-Deputation nach der Verordnung vom 13. Juli 1812 auch nach Einführung der Gemeindeordnung. Der Bescheid lautete, daß es, bevor nicht andere gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, bei der in Folge der Städteordnung getroffenen Einrichtung der städtischen Schulbehörden verbleiben müsse.

3. In Bezug auf das dem Kinderhospitale zum heiligen Grabe gehörige alte Institutsgebäude in der Nikolaistraße ward vom Magistrate im Einverständniß mit dem Vorsteher-Amte proponirt, das Grundstück je nach Umständen zu verkaufen oder vorläufig auf drei Jahre zu vermiethen. Die Versammlung trat diesem Vorschlage bei und genehmigte die bereits entworfenen Verkaufs- und Verpachtungs-Bedingungen mit der Maßgabe, in die Letzteren den Vorbehalt aufzunehmen, daß der Pächter die Auflösung des Miethskontraktes auch vor Ablauf der Miethszeit, gegen Gewährung eines einjährigen Pachtgeldes als Entschädigung, sich gefallen lassen müsse, sobald die Gelegenheit zu einem vortheilhaften Verkauf des Grundstückes sich darbiete.

Die Genehmigung erhielten ferner die Submissionsbedingungen, unter denen die Beschlagarbeiten der Hohlgemäße des städtischen Aichamtes anderweitig verdungen werden sollen.

4. Die Anträge auf Bewilligungen betrafen: 1) den pro Kopf und pro Tag mit 9½ Pf. festgesetzten Preis, für welchen der Bespeisungs-Entrepreneur des Armenhauses die Lieferung der warmen Kost in den Monaten April, Mai und Juni zu übernehmen sich bereit erklärte; und 2) die Aussetzung zweier Ehrenpreise von resp. 40 und 60 Thalern Gold für die beste Ferse und für die beste Kuh in Händen von Rustikalbesitzern, bei dem diesjährigen Thierschaufeste. Beide Anträge wurden acceptirt. — Auf die Befürwortung des Magistrats gewährte die Versammlung die vom Lehrer Hrn. Scholz erbetene Stundung der für das verflossene Jahr rückständig gebliebenen Abschlagsrate von 50 Thalern, auf den zur Errichtung seiner Schwimmanstalt aus der Kämmerei erhaltenen Vorschuß, knüpfte daran aber die Bedingung, daß Petent sich verpflichten müsse, den Rest neben der diesjährigen Abschlags-Zahlung vom 1. Juni ab in monatlichen Raten von 10 Thalern zu tilgen. — Aus gleicher Veranlassung genehmigte die Versammlung, daß die bisher unter den Vorschüssen geführten im Jahre 1846 für die Dammschüttung an dem Grundstücke 28 der Klosterstraße mit dem Vorbehalt der Wiedererstattung gezahlten Kosten von 81 Thalern definitiv verausgabt werden, da die Zahlungsunfähigkeit des zum Ersatz verpflichteten Besitzers des völlig verschuldeten Grundstücks evident dargethan war.

5. Ein Gesuch des Vorstandes der hiesigen christkatholischen Gemeinde um Verwendung, daß die dem hohen Staats-Ministerium überreichte Petition, betreffend die Regulirung der Civilstands-Verhältnisse der Mitglieder der christ- und deutschkatholischen Gemeinden, Berücksichtigung finden und der gegenwärtige Uebelstand durch Erlaß gesetzlicher Bestimmungen beseitigt werden möge, gelangte an den Magistrat, um dessen Erklärung über das Gesuch zu vernehmen.

6. Zur Beiwohnung der am 28. März stattfindenden Prüfung der Schüler der hiesigen Bauschule wurden die Herren Dr. Wissowa, Rogge und Sasse deputirt.

7. Der Bericht der Hospital- und Waisenhaus-Commission über die Prüfung der Etats des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen für das Jahr 1851 stellte eine Reihe formeller Bemängelungen gegen einzelne Einnahme- und Ausgabe-Positionen auf, woran sich dann besondere Anträge, in Betreff eines Ersatzes für den Wegfall der Beiträge bei Bürgerrechts-Gewinnungen und in Betreff der Erzielung eines höheren Reinertrages aus der Verwaltung der Hospital-Apotheke anreiheten. Der Haupt-Etat, dem als Spezialien die Etats für die Verwaltung der Stiftsgüter und der dabei befindlichen Forsten, so wie für die Verwaltung des Kirchen-Aerars zu St. Salvator beigegeben sind, veranlagt die Jahresausgabe, unter Annahme einer Krankenzahl von 5000 Köpfen, mit 36,722 Thalern. Davon nehmen die Besoldungen 4545 Thaler, die Dienstlöhne 3734 Thaler, die Medikamente 6680 Thaler, die Beköstigung der Kranken und der Dienstleute 12,560 Thaler, die Beschaffung der Leib- und Bettwäsche, der Utensilien, der Heizung und Beleuchtung 5883 Thaler, die Bauten und Reparaturen 1925 Thaler und die sonstigen Verwaltungsbedürfnisse 1495 Thaler in Anspruch. Zur Deckung dieses Aufwandes bringt das Hospital durch seine eigenen Revenuen 23,621 Thlr. auf, dasselbe bedarf mithin einer Beihilfe von 13,101 Thalern aus der Kämmerei.

Aderholz. J. Sommé. Hübner. Voigt.

§ **Breslau,** 26. März. [Wissenschaftliches.] Der Bericht über die Thätigkeit der Petersburger Akademie der Wissenschaften im Jahre 1850 bringt die Nachricht, daß ein Werk, welches unter dem Titel: „die Sabäer und der Sabäismus, oder die Heiden und das Heidenthum in Mesopotamien zu den Zeiten des Islamismus: Materialien zur heidnischen Religionsgeschichte im südwestlichen Asien", von einem jüdischen aus Wilna gebürtigen Gelehrten, Namens Chwolson, der sich auf deutschen Universitäten gebildet, geschrieben worden, von der Akademie als eine der wichtigsten Arbeiten über eine der dunkelsten Partien der Geschichte begutachtet wurde. Wir knüpfen hieran folgende Mittheilungen: Herr Chwolson hatte bis Ende vorigen Jahres auf der hiesigen Universität Orientalia studirt und sich dann nach Leipzig begeben, wo er unter Einreichung oben erwähnter Arbeit die philosophische Doktorwürde erlangte. Ein Mitglied der Petersburger Akademie, welchem das Werk zugeschickt worden, interessirte sich für den jungen Verfasser desselben und berief ihn nach der kaiserlichen Hauptstadt, indem es ihm gleichzeitig ein ansehnlich Reisegeld zukommen ließ. Herr Chwolson folgte dieser Einladung und gewann in Petersburg die Aussicht auf eine feste Anstellung im Staatsdienste. Zum Druck seines Werkes wurde eine Summe ausgesetzt und der Verfasser vom Kaiser reichlich belohnt.

Breslau, 25. März. [Räuberbande.] Am heutigen Tage machte ein Transport von Criminalverbrechern großes Aufsehen, welcher unter starker Gensdarmeriebegleitung und Eskorte einer bedeutenden Anzahl bewaffneter Bürger hier eingebracht wurde. Der Sachverhalt ist folgender. Am 22. Januar d. J. (— wenn wir uns im Datum nicht irren —) wurde der Müller Lorenz zu Nieder-Luzine, im Oelsner Kreise, des Nachts von einer bewaffneten Räuberbande überfallen und ihm eine bedeutende Summe, theils in baarem Gelde, theils in Pfandbriefen von mehreren Tausend Thalern im Betrage geraubt. Diese Bande, theils aus hiesigen Einwohnern, theils aus Einwohnern von Rosenthal bestehend, wurde, nachdem sich die Staatsanwaltschaft zu Trebnitz mit der hiesigen Sicherheitspolizei in Verbindung gesetzt hatte, hier ermittelt und aufgegriffen, und es ist gelungen, den größesten Theil des geraubten Gutes wieder zu beschaffen. Die Untersuchung führte in ihrem Verlaufe zur Entdeckung einer weit verzweigten Bande, welche ihr Wesen nicht blos auf Breslau und dessen Umgebungen beschränkte, sondern ihre Thätigkeit auch auf Oberschlesien und das Großherzogthum Posen ausgedehnt hatte. Raub, Kirchenraub und dergleichen Verbrechen, bilden den Gegenstand der Untersuchung, welche in Trebnitz geführt worden ist. Heute sind die in Haft befindlichen Angeklagten von Trebnitz hierher gebracht worden, um bei der nächsten Schwurgerichts-Sitzung dem Urtheil entgegen zu gehen. Von dem königlichen Landrathsamte und Magistrat zu Trebnitz waren umfassende Vorsichtsmaßregeln gegen das Entweichen der Verbrecher getroffen und dieselben im diesseitigen Polizeibereich von Seiten der hiesigen Polizeiverwaltung noch durch Abordnung einer angemessenen Anzahl Gensdarmen und Besetzung der Straßen durch Polizeibeamte verdoppelt worden.

[Exceß.] Am 22. d. Abends waren in einem Schanklokal in dem Hause Rosenthaler Straße Nr. 13 mehrere Tagearbeiter versammelt. Unter zweien derselben brach einer Kleinigkeit wegen ein Wortwechsel aus, in Folge dessen der Tagearbeiter Karl Kretschmer von zweien der anwesenden Tagearbeiter gefaßt und mit großer Gewalt an den Ofen geworfen wurde. Der Wirth legte sich jedoch alsbald ins Mittel und brachte die Streitenden auseinander, indem er den thätigsten derselben aus seinem Lokal entfernte. Als einige Zeit darauf Carl Kretschmer das Lokal verlassen wollte, um sich nach Hause zu begeben, wurde er, als er eben die Thüre geöffnet hatte, von demselben Menschen abermals an der Gurgel gefaßt, nach der Hausthür geschleppt und hier mit einem Messer sehr erheblich verwundet, derselbe erhielt nämlich einen so heftigen Stich in den Kopf, daß er eine sehr tiefe und 5 Zoll lange Wunde davon trug und sogleich zu einem Wundarzt gebracht werden mußte, der den ersten Verband anlegte. Als der Mensch den Kretschmer dergestalt verwundet hatte und die zufällig im Hausflur anwesende Frau des Wirthes hinzueilen wollte, rief er derselben zu: sie solle sich in Acht nehmen, sie sehe, wie er es mache und er würde ihr mit dem Messer den Leib aufschlitzen, wenn sie ihm nahe käme. Es gelang nicht, den Menschen festzunehmen, da er entsprang und sogleich in der Dunkelheit verschwand. Am andern Morgen aber wurde er von einem Polizeibeamten betroffen, als er eben in der Oder das blutige Messer abwusch. Er ist verhaftet worden.

(Bresl. Anz.)

*‡ Berichtigung. In dem Artikel der gestrigen Zeitung, „Breslau, 25. März. (Musikalisches.)" muß es am Schlusse heißen: Was die Konzertgeberin selbst vorführen wird, verrathen (nicht: errathen) wir nicht. Der Name der geehrten Konzertgeberin ist Lubeck, nicht Lübeck.

Von Oderberg kamen am 22. d. Mts. mit Extrazug abermals 300 Mann vom österreichischen Infanterie-Regiment Roßbach in Ratibor an und wurden sofort nach Krakau weiter befördert. (C. C.)

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 25. März.) Der Aerostat Hr. Gebhard zeigt an, daß er gefüllte Luftballons, welche längere Zeit hindurch gebraucht werden können, zu sehr billigen Preisen verkauft. Man kann die Ballons in den Zimmern steigen lassen und sie dürften sich als ein belehrendes und zierliches Spielwerk für Knaben empfehlen. In gleicher Weise stellt Hr. Gebhard eine eigenthümliche Art von kleinen Mongolfieren zum Verkauf.

Am vorgestrigen Tage bemerkte man viele Luftballons in verschiedenen Farben hier aufsteigen, aus denen von einer gewissen Höhe Anzeigen in Bezug auf Risley's Mississippi-Fluß fielen. In Paris und London herrscht diese Weise bekanntlich schon lange.

— (Erfurt, 21. März.) In einer preußischen Zündnadelgewehr-Fabrik werden jetzt auch Zündnadelgeschütze gebaut. Die Wirkung einer Batterie von solchen Geschützen ist furchtbar und die Tragweite sehr beträchtlich.

— (London.) Man hat wieder einen großen Unfall zu beklagen. Das Dampfschiff Ohio flog auf, wobei 60 Menschen ihren Tod fanden.

— (Das Gebäude für eine spätere Weltindustrie-Ausstellung.) Die neue Bauart mittelst Eisen und Glas, welche beim Bau für die bevorstehende große Ausstellung zum ersten Male im großen Maßstabe angewendet worden ist, läßt noch manche Verbesserungen zu. Ein Herr Bridges Adams schreibt darüber an den „Economist": Die äußern Wände sind von überglasten oder Glasmauersteinen von bedeutender Größe, welche ineinandergefügt werden, aufzuführen. Der Flur muß aus gesägtem Schiefer bestehen, welcher auf einen einige Fuß hohen Unterbau gelegt wird. Mit warmer Luft wird von unten geheizt und die Wärme durch passende Oeffnungen hineingelassen. Die Pfeiler, welche gleichzeitig als Ableiter des Regenwassers dienen, sind von Gußeisen von genügender Stärke und inwendig überglast aufzuführen, um die zerstörende Wirkung des Wassers, wodurch jetzt die meisten Wasserleitungen vernichtet werden, aufzuheben. — Von außen sind sie mit einer farbigen Glasmasse, etwa mit römischem Purpur, eine Farbe für die Ewigkeit, zu überziehen. Querbalken von Schmiede-Eisen nebst Sims, an den Außenseiten verglast, werden oben und unten durch durchbrochene Gußeisen-Unterlagen gestützt. Das Sparrwerk des Daches würde von verglastem Schmiede-Eisen leicht, flach mit Fugen versehen, in Quadrate abgetheilt, und jedes Quadrat mit einer Glasscheibe bedeckt sein, welche etwas konvex sein müßte, um ihr mehr Stärke zu geben. An derselben müßten Kanten befindlich sein, welche in die Fugen des Sparrwerks eingreifen. — Alles dies ist so leicht auszuführen, wie das gegenwärtige Ausstellungs-Gebäude. Die verschiedenen Manipulationen sind bekannt und dürfen nur kombinirt werden. Wenn die erste „Weltausstellung" vorüber sein wird, so wird man anfangen, darüber nachzudenken, wie man die Einrichtungen hätte treffen können, wenn genug Zeit vorhanden gewesen wäre, um etwas Dauerndes, anstatt etwas Ephemeres zu erbauen. Vielleicht wird Manchester, im rauhen Norden, das erste Gebäude der Art aufstellen, welches von größerer Dauer sein dürfte, als die Granitkolosse Egyptens oder der glänzende Marmor des perikleischen Griechenlands.

— (Freiburg.) Drei Ligorianermönche nebst Advokat Pellout sind im Amtsblatt wegen gestohlenen Klosterguts vor Gericht geladen. (Schw. Nat.-Z.)

— (Köln, 24. März.) Die gestrige „Deutsche Volks-Halle" berichtet in Widerlegung mehrerer Meldungen: „Ein von einem betrunkenen und halb wahnsinnigen Menschen verursachter Straßenlärm ist leider bereits in solcher Weise öffentlich besprochen worden, daß sich leicht die Meinung bilden möchte, als sei das Leben Sr. Eminenz unseres geliebten und allverehrten Cardinal-Erzbischofs durch Mörderhand bedroht worden. Eine solche Auffassung jenes Skandals entbehrt jeder Begründung."

— (Nachträge zu den Berichten über das Erdbeben auf Rhodus.) — Rhodus, 8. März. Das Naturereigniß am 28. Februar hat sich nicht allein auf unsere Insel beschränkt; Nachrichten vom nahe gelegenen Festlande, die uns eben unter dem Datum vom 5. von dorther zukommen, melden, daß auch da die Erderschütterung in ihrer ganzen Schrecklichkeit, ja noch gräßlicher empfunden worden sei. Die Städte Macri, Levissos, Doveré, Senè, Carasolfa, nebst mehr als 15 Dörfern haben aufgehört zu bestehen. Sie stürzten sämmtlich zusammen und begruben unter ihren Trümmern 5 — 600 Opfer. Die ausgedehntesten Olivenpflanzungen und andere Fruchtbäume in Unzahl sind gleichfalls von Grund aus zerstört. Während die Quellen mit trinkbarem Wasser versiegten, erschlossen sich andere mit siedendem schwefeligem Ausgang. Im Bezirke von Macri entsteigen der gespaltenen Erde an mehreren Stellen Rauchsäulen mit heftigem bituminösen Geruche. — Die europäische Kolonie der letztgenannten Stadt entfloh aus den Trümmern ihrer Wohnungen und fand herzliche Aufnahme am Bord der österreichischen Brigantine „Isidor". Kapitän und Eigenthümer derselben, die Herren Kovacich und Demeter Gopcevich, empfingen die Flüchtigen mit aller Menschenfreundlichkeit; letzterer gewährte nicht blos den Kolonisten diese Zufluchtsstätte, sondern ließ auch sein Schiff mit den Produkten beladen, welche dieselben zur Ausfuhr zusammengelegt hatten, und die nun mit Lebensgefahr und nur zum Theil dem Verderben entrissen werden konnten. — Unter den so geretteten befinden sich die fremdländischen Agenten: k. brit. Vicekonsul Baron Bilotti, k. griechischer Agent N. Bruseo, die Konsuln von Rußland, Frankreich, Toskana und Spanien, nebst mehreren dort etablirten Kaufleuten verschiedener Nationen, die alle in wenigen Tagen bei uns eintreffen werden. Die Bewohnerschaft des Festlandes, nicht minder jene auf den Inseln ist vollends entmuthigt, man kann sagen, entsittlichet durch das sie heimsuchende Unglück, welches noch nicht sein Ende erreicht zu haben scheint; die Erdstöße folgen in ununterbrochener Reihe auf einander, und die Wohngebäude, von denen jedes mehr oder minder beschädigt ist, bieten keines mehr Sicherheit und Schutz. (Austria.)

Inserate.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß in der, im Lokal der kleinen Waage, am Rathhause Nr. 3 befindlichen Gewerbesteuer-Kasse vom 31. März bis incl. 5. April d. J., in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr die Zinsen der hiesigen Bankgerechtigkeiten-Amortisations-Obligationen für das halbe Jahr vom 1. Oktober v. J. bis ult. März d. J. in Gemäßheit der Bekanntmachung der hiesigen königlichen Regierung vom 2. Juli 1833, zu Zweidrittheilen baar bezahlt, für den Rückstand von ein und ein halb Prozent aber unverzinsliche Zinsscheine ausgegeben werden sollen.

Dabei werden die Inhaber von mehr als zwei Bankgerechtigkeits-Amortisations-Obligationen aufgefordert, ein Verzeichniß derselben mit folgenden Rubriken:

a) Nummer der Obligation nach der Reihenfolge,
b) Kapitalsbetrag,
c) Anzahl der Zinstermine,
d) Betrag der Zinsen und zwar:
 1) baar,
 2) in unverzinslichen Zinsscheinen zu 1½ pCt.

bei der Zinsen-Erhebung beizubringen, indem nur gegen Ueberreichung solcher gehörig ausgefüllter Verzeichnisse die Zinsenzahlung erfolgen wird.

Die bis zum 5. April d. J., einschließlich nicht eingehobenen Zinsen, können erst im nächsten Zinstermine in Empfang genommen werden.

Breslau, den 14. März 1851.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Bekanntmachung.

Statt des sonst alle Jahre stattgefundenen Lätare-Umganges der Waisen-Kinder des Knaben-Hospitals in der Neustadt und des Kinder-Hospitals zum heiligen Grabe, sollen auch in diesem Jahre für jedes der Hospitäler die Gaben der Liebe in zwei Büchsen gesammelt werden, wovon eine für die Kinder, die andere zur Unterhaltung des betreffenden Hospitals bestimmt ist.

Wir bringen dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und richten an alle Einwohner hiesiger Stadt die Bitte:

durch reichliche Spenden auch in diesem Jahre die Theilnahme für beide Waisenhäuser freundlichst zu bethätigen.

Breslau, den 26. März 1851.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Diejenigen Civil- und Militärpersonen, welche aus der unterzeichneten Bibliothek Bücher geliehen haben, werden hiermit benachrichtigt, daß solche wegen der vorzunehmenden Revision bis spätestens den 5. April, von den Studirenden aber bis zum 29. März d. J. und zwar Vormittags von 10—12 Uhr täglich abzuliefern sind. Breslau, den 24. März 1851.

Die königliche und Universitäts-Bibliothek.

Dr. Elvenich.

Freitag den 27. März, Abends 7½ Uhr,
Generalversammlung des konstitutionellen Wahl-Vereins.
Vereins-Angelegenheiten. — Dresdener Konferenzen.

Theater-Repertoir.

Donnerstag den 27. März. Fünfte und letzte Extra-Vorstellung zum ersten Abonnement von 70 Vorstellungen. Zum 9ten Male: **„Die Erzählungen der Königin von Navarra", oder: „Revanche für Pavia."** Schauspiel in 5 Akten von Scribe und Ernest Legouvé.

Freitag d. 28. März. **„Fanchon, das Leiermädchen."** Operette in 3 Aufzügen, nach einem französischen Vaudeville bearbeitet von Aug. v. Kotzebue. Musik von Himmel. — Zum Schluß: **Lebende Bilder,** arrangirt von Herrn Görner. 1) „Die letzte Wacht"; nach einem Bilde von Philippeteaux. 2) „Der Tanz und die Mittagsruhe"; nach den Bildern von Pingret und Bouvier. 3) „Moses im Lande der Midianiter"; nach einem Bilde von Schopin.

Für das zweite diesjährige Theater-Abonnement von wiederum 70 Vorstellungen, welche innerhalb der Monate April, Mai und Juni stattfinden, werden Bons für je 2 Thaler im Werthe von 3 Thalern ausgegeben. — Diese Bons sind im Theater-Bureau zu haben, und können daselbst für die jedesmalige Tages-Vorstellung Morgens von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr umgetauscht werden.

⊠ Mont. 28. III. 6. Rec. ⊠ IV.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer Tochter Amalie mit dem Kaufmann Herrn Joseph Kohn aus Bernstadt, zeigen wir hierdurch Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst an.

Breslau, den 26. März 1851.

Zadeck Freund und Frau.

Amalie Freund,
Joseph Kohn,
Verlobte.

Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung meiner einzigen Tochter Marie mit dem Rittergutsbesitzer Herrn Eduard Hummel aus Schätz in Schlesien, beehre ich mich entfernten Verwandten und Bekannten hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Lissa im Großherzogthum Posen, den 23. März 1851.

Verwittwete Johanna Francke.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Morgen früh 4 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Henriette, geb. Guttmann, von einem muntern Knaben, zeigt hiermit ergebenst, statt besonderer Meldung, an: M. L. May.

Breslau, den 26. März 1851.

Todes-Anzeige.

Heute Abend 6 Uhr entschlief sanft unsere geliebte einzige Tochter Marie, im Alter von 23 Jahren 5 Monaten, in Folge eines katarrhalisch-nervösen Fiebers. Um stille Theilnahme bittend zeigen wir dies allen Verwandten und Bekannten statt jeder besondern Meldung ergebenst an.

Breslau, den 25. März 1851.

J. Hübner, Bürgermeister a. D.
W. Hübner, geb. Salice.

Todes-Anzeige.

Das heute 4½ Uhr Morgens erfolgte Ableben unseres vielgeliebten Sohnes, Gatten und Vaters, des Kaufmann Bernhard Jaschkowitz, in seinem noch nicht vollendeten 47sten Lebensjahre, zeigen wir hiermit, um stille Theilnahme bittend, tiefbetrübt an.

Lublinitz, den 25. März 1851.

Die Hinterbliebenen.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.

Freitag, den 28. März, Abends 6 Uhr: Hr. Ober-Regierungs-Rath Sohr, Ueber den im Jahre 178[illegible] erfolgten Verkauf der ehemaligen Güter der Jesuiten.

Der General-Secretair Bartsch.

Altes Theater.

Heute, Donnerstag den 27. März:
Doktor Faust's Hauskäppchen,
oder:
Die Herberge im Walde.
Zum Schluß:
Ballet und Metamorphosen.

Schnabels Institut

für gründliche Erlernung des Flügelspiels, Neumarkt Nr. 27.

Den 1. April beginnt ein neuer Kursus für Anfänger so wie für schon Unterrichtete. Anmeldungen finden täglich von 1—2 Uhr statt.

Julius Schnabel.

5 Thaler Belohnung.

Ein lederner Koffer mit Leinwand überzogen, H. R. gez., mit der rothen Nummer 495 beklebt, 42 Pfd. schwer, ist in der Mitte Januar d. aus der Packkammer des hiesigen königl. Ober-Post-Amtes abhanden, und wahrscheinlich durch Zufall in fremde Hände gekommen. Der Inhaber desselben wird ersucht, denselben gegen obige Belohnung an die Packkammer-Expedition des hiesigen Ober-Post-Amtes abzuliefern.

Wintergarten.

Heute, Donnerstag: **Abonnements-Konzert der Theater-Kapelle.**

Zur Aufführung kommt unter Anderm: Die Weihe der Töne. Charakteristisches Tongemälde in Form einer Sinfonie von L. Spohr.

Anfang 3 Uhr. Entree 5 Sgr.

Pensions-Offerte.

In der Familie eines Lehrers, der seine ganze Zeit der Beaufsichtigung und Nachhülfe seiner Zöglinge widmet, und täglich mit ihnen ins Freie geht, finden jetzt zu Ostern 2 Knaben eine freundliche Aufnahme als Pensionäre. Das Nähere will Herr Kaufmann Neumann, am Blücherplatz im Gewölbe zu den 3 Mohren, die Güte haben mitzutheilen.

Ein **Pharmazeut,** der so eben das Staats-Examen in Berlin gemacht, wünscht möglichst bald eine geeignete Stellung in hiesiger Provinz zu übernehmen. Gefällige Adressen werden unter W. F. poste restante Beuthen O. S. erbeten.

Es wird ein ev. cand. theol. als Aequivalent in einer Priv.-Lehr- und Erziehungs-Anstalt der Provinz Posen gesucht. Adressen sub v. S. Neutomysl werden franko erbeten.

Ein junger Kaufmann, mit den besten Zeugnissen, kautionsfähig, augenblicklich Kassirer und Buchhalter in einer Rübenzucker-Fabrik der Provinz Sachsen, wünscht Verhältnisse halber eine Aenderung seiner Stellung. Die Adresse ertheilt auf portofreie Anfragen die Handlung Stockgasse 28 in Breslau.

Avertissement.

Eltern, welche gesonnen sind, ihre Söhne oder Töchter einer der Breslauer höheren Lehranstalten zu übergeben, kann eine gute Pensions-Anstalt nachgewiesen werden.

Näheres Ohlauerstraße Nr. 85, dritte Etage.

Eine ländliche Besitzung,

dicht bei der Stadt Freiburg und dem dortigen Bahnhofe gelegen, mit 75 Morgen Areal und einem neugebauten, schön eingerichteten Wohnhause, ist mit einer Anzahlung von 5000 Rtlr. sofort billig zu verkaufen. Reele Selbstkäufer erfahren Näheres pr. adr. R. W. poste restante Camenz.

In meinem Hause Nr. 132 in Beuthen in O.-S. Krakauer Straße, vis-à-vis dem Kaufmann Herrn Lachmann, ist ein Gewölbe mit Repositorium und der nöthigen Wohnung vom 1. April d. J. zu vermiethen.

Rosamunda-Zinkhütte bei Königshütte.

S. Reichmann.

Durch alle Buch- und Kunsthandlungen ist zu beziehen, in **Breslau** durch **A. Gosohorsky's** Buchhandlung (L. F. Maske), Albrechtsstraße Nr. 3:

Eine Woche in London

oder so sieht man die Riesenstadt

mit allen ihren National-Anstalten und Instituten, öffentlichen Gebäuden, Merkwürdigkeiten rc.

in sieben Tagen.

Nebst historischer und beschreibender Skizze der Hauptstadt von den frühesten Zeiten bis auf die Gegenwart.

Mit 32 Ansichten in Stahlstich und **einem Plan von London.**

8. In eleg. Umschlag geheftet. Preis 15 Sgr.

Dresden und Leipzig. Englische Kunstanstalt von A. H. Payne.

Am 1. April beginnt ein neues Abonnement auf das so beliebte **humoristisch-satyrische** Volksblatt

Buddelmeyer-Zeitung

zur Belehrung und Erheiterung für Stadt und Land.

Wöchentlich 2 Nummern mit vielen komischen Illustrationen.

Die Buddelmeyer-Zeitung vertritt in der jetzigen, von den Leidenschaften der Parteien und ihrer Organe vielfach gemißbrauchten Zeit **die Grundsätze der Vernunft** und sucht dadurch eine **wahrhafte Belehrung** ihrer Leser zu bewirken. Was die Buddelmeyer-Zeitung **zur Erheiterung ihrer Leser** thut, sowohl in Worten als mit lustigen Bildern, das ist allgemein anerkannt, denn **wo Buddelmeyer spricht, da muß man lachen.**

Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Bestellungen an. Preis vierteljährlich 20 Sgr. ohne Aufschlag.

Carl Schultze's Buchdruckerei in Berlin.

Zu Bestellungen empfiehlt sich die Buchhandlung von **Aug. Schulz und Comp.** (Hermann Aland) in **Breslau,** Albrechtsstraße Nr. 10 (der Magdalenen-Kirche vis-à-vis), woselbst auch Probe-Nummern gratis zu haben sind.

Durch alle Buchhandlungen ist zu haben, in **Breslau** bei **Graß, Barth** u. **Comp.** — G. P. Aderholz — Gosohorsky — F. Hirt — U. Kern — Max und Komp. — Schulz und Comp. — Trewendt:

Einhundert Konfirmations-Scheine, nebst eben so vielen, möglichst nach der Individualität der Konfirmanden gewählten Denksprüchen und kurzen Ermahnungen. Herausgegeben von **J. G. Burkmann,** Oberprediger in Lüben. Preis 15 Sgr.

Fünfzig Konfirmations-Scheine (mit 4 verschiedenen Denksprüchen) 6 Sgr.

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die täglich zwei Mal erscheinende

Zeitung für Norddeutschland

Hannoversche Morgenzeitung

wozu wir das zeitunglesende Publikum hierdurch einladen.

Die größere Mannigfaltigkeit und Reichhaltigkeit der Zeitung für Norddeutschland seit Anfang dieses Jahrs hat dieselbe überall beliebter gemacht und ihr viele neue Freunde erworben. Auch fernerhin wird die Zeitung für Norddeutschland durch ihre entschieden freisinnige Haltung, durch fortwährende Vermehrung des Kreises ihrer Mitarbeiter, durch **Ausführlichkeit** und **Schnelligkeit** aller Mittheilungen, sowohl in dem politischen Theile der Zeitung, als namentlich auch in dem neuerrichteten **Feuilleton** dem Leser stets die reichhaltigste und zugleich auch zur Unterhaltung angenehmste Lektüre darbieten, welche auch ferner durch häufige Extrabeilagen vermehrt werden soll. In nächster Zeit werden im Feuilleton die Memoiren aus dem ungarischen Kriege von einem ehemaligen ungarischen Offizier, eine Menge höchst interessanter bis jetzt unbekannter Nachrichten, über alle größeren Ereignisse und Schlachten in Ungarn enthalten. Damit jedoch auch neu eintretende Abonnenten ein Ganzes über den ungarischen Freiheitskampf besitzen, wird diesen die bereits erscheinende Geschichte der deutschen Legionen im ungarischen Kriege in einem Extraabdrucke nachgeliefert, sowie auch zur bessern Orientirung eine Karte von Ungarn gegeben werden soll.

Jede wichtige Nachricht erhalten wir auf telegraphischem Wege, allen hannoverschen Angelegenheiten, den Landtagsverhandlungen rc. rc. wird die sorgfältigste Aufmerksamkeit stets gewidmet.

Die Bestellungen bitten wir bei den löbl. Postämtern recht zeitig zu machen, damit keine Verzögerung, resp. Unterbrechung in der Zusendung eintrete. Preis pro Vierteljahr 1 Rtl. 11 gGr. exkl. Postaufschlag. Insertionsgebühr 1 gGr. für die Petitzeile.

Hannover, im März 1851. **Expedition der Zeitung für Norddeutschland.**

Pränumerations-Einladung
zur Geschäfts-Post und Preis-Courant,

II. Jahrgang,

erscheint zweimal wöchentlich (Dienstag und Freitag) nach der Börse.

Dieses in Deutschland einzig bestehende rein kommerzielle Blatt, welches sich hier und auswärts des besten Vertrauens und ausgedehnter Verbreitung erfreut, giebt kurze direkte Berichte und Korrespondenzen von den wichtigsten Handelsplätzen, statistische Uebersichten über die verschiedenen Waarenmärkte und über Ein- und Ausfuhr der Hauptartikel, ausführliche **Hamburger Geschäftsberichte und Preiscourante,** nach den Notirungen der bedeutendsten Makler, neueste Fonds- und Wechselcourse rc.

Abonnementspreis für ganz Deutschland (incl. Postaufschlag) 5 Thlr. preuß. Cour. jährlich, 2½ Thlr. pr. Cour. halbjährlich. Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement.

Bestellungen übernehmen sämmtliche Postämter, ferner Herr Anton Jahn in Warschau, Mr. James Cowie u. Sohn, 2 St. Ann's Lane General-Post-Office, London, so wie das Bureau der Geschäftspost in Hamburg, gr. Reichenstr. 50.

Einladung zum Abonnement.

Am 1. April beginnt ein neues Abonnement auf die

Freie Presse und Hamburger Geschäftspost,

vereinigte „Norddeutsche freie Presse" und „Hamburger Zeitung",

welche an allen Wochentagen erscheint und überdieß ein **Sonntagsblatt** bringt, welches besonders der Unterhaltung so wie landwirthschaftlichen, gewerblichen und Kommunal-Angelegenheiten gewidmet und allen Abonnenten unserer Zeitung gratis geliefert wird. Die „freie Presse und Hamburger Geschäftspost" wird wie bisher die Politik durch Leitartikel und Korrespondenzen ausführlich und in freisinniger Richtung vertreten. Besondere Aufmerksamkeit wird fortan auf das Feuilleton so wie auf den Handelstheil verwandt werden, welcher letzterer sowohl über das Hamburger Geschäft als über die auswärtigen Märkte schnelle und verläßliche Berichte giebt. Der vierteljährige Abonnements-Preis ist für alle Post-Aemter (direkt von der Exped.) 3 Mk. 12 Sh. Crt. oder 1⅛ Thlr. pr. Crt. Inserate kosten für den Raum einer Petitzeile im täglichen Blatt 3 Sh., im Sonntagsblatt 2 Sh. und finden bei der bedeutenden Auflage in unserer Zeitung hier und auswärts die ausgedehnteste Verbreitung.

Expedition der freien Presse und Hamburger Geschäftspost.

Hamburg: große Reichenstraße 3; Altona: Breitestraße 76.

Von Lyon

empfingen wir heute:

Long-Shawls in neuestem Colorit und den schönsten Farben-Dispositionen.

Von Paris

Batiste, Jaconnets, Mousseline — in der **größten** Muster-Auswahl.

Preise fest!

Gebrüder Littauer,

Ring Nr. 42, eine Treppe.

Um Mißverständnissen vorzubeugen sowohl, wie etwaigen äußerst schlauen, wenn auch eben nicht ehrenvollen Manövers entgegen zu treten, wiederholen wir hiermit, daß unser Geschäft durchaus an Niemand übergeben oder verkauft ist, sondern von denselben Inhabern wie bisher und eben so reel wie bisher fortgesetzt wird.

Magdeburg, den 8. März 1851.

Ernst Meyer u. Comp., Braune Hirschstraße Nr. 2.

Die sogenannten Mehlweisen 25 St. 1 Sgr.

sind zu haben bei **J. G. Berger,** Ohlauerstraße Nr. 72.

Sonnabend den 5. April, Abends halb 7 Uhr, wird die hiesige Sing-Academie das Oratorium: **Die Jahreszeiten,** von J. Haydn, in der Aula Leopoldina aufführen.

Der Mühlen-Inspektor Böhm beabsichtigt, in der dem königl. Domainen-Fiskus gehörigen, hierorts belegenen sogenannten Klarenmühle, einen amerikanischen Mehlgang anzulegen. Dieses Vorhaben wird auf Anweisung der königlichen Regierung vom 26. Februar d. J. und in Gemäßheit des § 29 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 mit der Aufforderung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, etwaige Einwendungen dagegen binnen einer präklusivischen Frist von 4 Wochen bei der unterzeichneten Polizeibehörde anzumelden, wonächst weitere Entscheidung darüber herbeigeführt werden wird.

Breslau, den 23. März 1851.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Kehler.

Der städtische **Ziegelmeisterposten** hierselbst ist von Neuem sofort zu vergeben, wozu sich qualifizirte Subjekte franco per Post oder persönlich unter Ueberreichung ihrer neuesten Atteste über ihre Führung und Qualifikation bei uns melden wollen.

Oels, den 25. März 1851.

Der Magistrat. Vogt.

Verkaufs-Anzeige.

Familienverhältnisse wegen sollen folgende im Badeorte Salzbrunn bei Waldenburg, eine halbe Stunde von Fürstenstein und Altwasser belegene, in drei Stunden von Breslau erreichbare Grundstücke:

1) **Der Gasthof zur Sonne** mit 23 möblirten Zimmern, 1 großen Speisesaal, Küche, Speisekammer, 3 Kellern, 1 Waschküche und mehreren Kammern, Stallung auf 30 Pferde und Remisen, sowie einer Mineralbade-Anstalt nebst Zubehörungen und Garten;
2) **ein Wohnhaus, das Thüringer Haus** genannt, mit 17 möblirten Zimmern, 4 Kammern, 1 Küche, Keller und Speisegewölbe, Stallung auf 4 Pferde nebst Wagenremise und einem großen Obst-, Küchen- und Blumengarten, in der Nähe des Brunnens und der Promenade belegen, in welchem durch mehrere Jahre ein Weingeschäft mit Vortheil betrieben worden ist,

im Wege des freiwilligen Meistgebotes verkauft werden und habe ich im Auftrage der Besitzer einen Termin auf den

24. April d. J. Vormittags 10 Uhr

in meinem Geschäfts-Lokal hierselbst angesetzt, wozu ich zahlungsfähige Kauflustige mit dem Bemerken einlade, daß die näheren Kaufbedingungen jederzeit bei mir und dem Besitzer eingesehen werden können.

Waldenburg, den 4. März 1851.

Der königliche Rechts-Anwalt und Notar
Stuckart.

Bau-Entreprise.

Der Neubau eines mit Steinplatten bedeckten massiven 96 Fuß langen Kanales neben der sogenannten Kohlen-Straße bei der Fähre zu Maltsch, auf 275 Thaler veranschlagt, soll im Wege der Licitation an den Mindestfordernden vergeben werden. Hierzu ist ein Termin auf

den 7. April d. J.,

Vormittags 10 bis 12 Uhr, in dem Gasthofe zu den Provinzen in Maltsch angesetzt, in welchem auch die Bedingungen und der Anschlag vorgelegt werden sollen.

Steinau, den 23. März 1851.

Der königl. Wasserbau-Inspektor v. Roux.

Eichen-Spiegelrinde-Verkauf.

Aus dem zur königlichen Ober-Försterei Nimkau gehörigen Schutzbezirk Regnitz sollen

Dienstag den 15. April d. J.,
Vorm. von 10–11 Uhr,

in hiesiger Forst-Kanzlei circa 500 Zentner Eichen-Spiegelrinde meistbietend verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht werden, und wird nur bemerkt, daß ein angemessener Theil des Kaufgeldes im Termine angezahlt werden muß.

Die Rindenschläge befinden sich in der Nähe der Oder und der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn und werden durch den Hülfsaufseher Werner zu Regnitz auf Verlangen vorgewiesen werden.

Nimkau, den 25. März 1851.

Der Ober-Förster Schönn.

Freitag den 28sten d. M., Vormittags 9 Uhr, soll am Exerzirschuppen auf dem Bürgerwerder ein für den Artilleriedienst unbrauchbares königl. Dienstpferd an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung öffentlich verkauft werden. — Trense wird nicht mitgegeben.

Breslau, den 26. März 1851.

Kommando der 2. Abth. 6. Art.-Regts.

Die auf **Montag** den **31. März** angesetzte Auktion von **12 Stück Mastochsen** fällt aus, was hiermit angezeigt wird.

Wallisfurth, den 25. März 1851.

Das Wirthschafts-Amt.

Auktion. Am 28. d. Mts., Vorm. 9 Uhr, Fortsetzung der Auktion des Partikulier Festenberger'schen Nachlasses in Nr. 8, Schuhbrücke. Vorkommen werden: eine Sammlung guter Kupferstiche und 1 Trümeau in Mahagoni-Rahmen.

Mannig, Aukt.-Kom.

Auktion eines Flügels.

Morgen den 28. d. Mts., Mittags 12 Uhr, werde ich im alten Rathhause, 1 Treppe hoch, **einen 7okt. Flügel von Kirschbaumholz** öffentlich versteigern. **Saul,** Aukt.-Kommiss.

Verkaufs-Anzeige.

Ein Ziegeleigebäude incl. Stellagen mit circa 20,000 Stück Aufsetzbrettchen zum Flachwerktrocknen und den sonst noch dazu gehörigen Utensilien, Alles im besten Zustande, wird im Ganzen, auch theilweise, unter annehmbaren Bedingungen aus freier Hand verkauft.

Kauflustige wollen sich deshalb an mich wenden.

Patschkau, den 22. März 1851.

Menzel, Stadt-Aeltester.

Beim begonnenen Frühjahr erlaube ich mir, mein **Maler-Farben-Lager** en gros et en détail ergebenst in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Man wird bei mir in Farben und Bleiweißen stets eine volle und passende Auswahl und die mäßigsten Preise finden.

L. Kautmann,
Schmiedebrücke u. Ursulinerstraßen-Ecke, Nr. 5 und 6, (Alte Judenschule.)

Bei dem Dominium Goblau stehen 3 Schock 2- und 3zöllige, von 12 bis 20 Fuß lange eichene Bohlen, sowie 3 Schock 6 und 9 Fuß lange Kopfsaulen zum Verkauf.

Goblau, den 18. März 1851.

Seiffert.

Die beliebten Mehlweißen, 25 Stück 1 Sgr.,

wie auch feine und ordinäre **Pfefferkuchen** in großer Auswahl empfiehlt zur geneigten Abnahme:

Ferdinand Gärttner, Pfefferküchler-Meister, Altbüßer-Straße Nr. 20.

Als Hauslehrer

wird ein Schulamts-Kandidat gesucht, der in den Elementarien tüchtig und, wenn möglich, in der Musik nicht ungeübt ist.

Pastor **Wandel,**
zu Wirschkowitz bei Militsch.

Ein Knabe, welcher Lust hat die Konditorei zu erlernen, kann sich melden:

Karlsstraße Nr. 2.

Echt englischen Portland-Cement,

(vorzüglicher Qualität)

pro Tonne von ca. 4 Ctr. 8½ Thl., empfehle ich mit der Bemerkung, daß bei Abnahme von Quantitäten ich einen verhältnißmäßigen Rabatt gewähre.

Breslau, im März 1851.

H. L. Günther,
Friedrich-Wilhelmsstr. Nr. 1.

Alle Sorten

יין כשר על פסח

empfiehlt billigst die Weinhandlung

S. Ucko,
Herrenstraße Nr. 1, nahe am Blücherplatz.

Eine neue Sendung **echten Emmenthaler Schweizer-Käse** empfing und hat billigst abzugeben:

Carl Steulmann,
Universitätsplatz- und Schmiedebrücken-Ecke 36.

Bielefelder Leinen

empfing und empfiehlt:

Moritz Hausser,
am Tauenzien-Platz Nr. 4.

Eine engl. **Drehmangel** ist alte Taschenstr. Nr. 2 beim Tischlermstr. Salemo zu verkaufen.

Frische Blut- und Leberwurst

ist heut Abend von 6 Uhr ab, sowie alle Donnerstage wieder zu haben bei

F. Naefe, Ohlauerstraße Nr. 20.

Mess. Aepfelsinen

empfing und offerirt, **20 Stück für 1 Rthlr.,**

Herrmann Enke,
Tauenzienstrasse Nr. 78.

Messinaer Citronen und Aepfelsinen

empfiehlt **F. W. Scheurich,**
Neue Schweidnitzer Strasse Nr. 7.

Frische Austern bei Gustav Scholtz.

Geräucherte Heringe

sind täglich frisch zu haben bei **J. G. John,** am Neumarkt Nr. 28.

Die erste Sendung **1851er Ober-Salzbrunnen,** in ganzen und halben Flaschen, erhielt und empfiehlt

A. v. Langenau,
Sandstr. Nr. 12, dicht an der Promenade.

Doubelshawltücher

in großer Auswahl à 3, 4 bis 5½ Thlr. 8/4 breite, ächte Thibets in allen Farben à 15 und 17 Sgr. per Elle bei **M. B. Cohn,** Ring Nr. 10 und 11, im Gewölbe.

Vorwerksstraße Nr. 32 ist der zweite Stock, im Ganzen oder getheilt, zu vermiethen und zu Johanni zu beziehen.

Stadt Berlin,

Schweidnitzerstraße Nr. 51, ist die erste Etage, 16 Piecen, von Johannis ab zu vermiethen, eine Remise und auch ein großer Boden, ein Gewölbe mit heizbarem Comptoir und ein Verkaufskeller, heizbar. Das Nähere 2 Stiegen bei der Wirthin.

Büttnerstraße 1 ist zu Johannis die zweite Etage nebst Handlungslokal zu vermiethen.

Tauenzienplatz Nr. 9, par terre, sind ein Paar gebrauchte zuckerkistne Bettstellen zu verkaufen.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.

Lieut. Held aus Erfurt. Gutsbes. Graf Strachwitz aus Borsohlowitz. Baron v. Nostitz a. Flosdorf. Partik. Szimanowska und Jedlinska aus Warschau. Kaufm. Neuhauß aus Havelberg. Gutsbes. Baron v. Richthofen aus Rosau. Gutsbes. v Mollendien aus Berlin kommend.

Markt-Preise.

Breslau am 26. März 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	56	54	51	47	Sgr
Gelber dito	54½	52½	50	47	"
Roggen . . .	43	40	38	37	"
Gerste . . .	31	29	28	27	"
Hafer . . .	26	24½	23½	22½	"
Rothe Kleesaat	—	11⅙	10⅓	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10½	9½	6-8	Rtl.
Spiritus . . .	6⅚ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Breslau, 26. März. Rüböl 11 Rtl. zu bed.

25. u. 26. März	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"7,80"'	27"7,55"'	27"7,07"'
Thermometer	+ 4,3	+ 4,0	+ 10,4
Windrichtung	NW	SW	W
Luftkreis	bed. Reg.	bewölkt	wolkig

Bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln,** ist zu haben aus dem Verlage von Ernst in Quedlinburg:

Für angehende Eheleute ist sehr nützlich:

Dr. Albrecht,

Der Mensch und sein Geschlecht,

oder Belehrung über die Erzeugung des Menschen, über Fortpflanzungstrieb, Befruchtung, Beischlaf, Empfängniß, Enthaltsamkeit und eheliche Geheimnisse. Zur Erzeugung gesunder Kinder und Beibehaltung der Kräfte und Gesundheit.

Dritte verb. Auflage. Preis 15 Sgr.

Die Nützlichkeit dieses Buches wird durch den raschen Absatz von 3500 Exemplaren (binnen 4 Wochen) bewiesen.

Auch in der Flemmingschen Buchhandlung in Glogau, — bei Bredul u. Förster in Gleiwitz, — Burchardt in Neisse, — Köhler in Görlitz, — Reißner in Liegnitz, — Weiß in Grünberg, — Nesener in Hirschberg und Heege in Schweidnitz zu haben.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Die in diesem Jahre zu amortisirenden **12 Prioritäts-Aktien** werden **Freitag den 11. April d. J.,** Nachmittags um 4 Uhr, in unserm Konferenzsaale ausgeloost.

Breslau, den 24. März 1851. **Direktorium.**

Adolf Sachs,

Ohlauer-Straße Nr. 5 u. 6, „zur Hoffnung",

empfiehlt sein großes Lager von:

Teppichen in den verschiedensten engl., franz. u. inländischen Fabrikaten — in allen verwendbaren Größen.

Möbelstoffe in Seiden- u. Wollen-Damast, Gobelin, Velour d'Utrecht, gedruckten Lastings, Rips u. Leinen.

Gardinenzeuge in engl. Filet, schweizer Stickerei, brochirter Gaze, glatten u. façonnirten Mulls u. glacirten Callicos.

Tischdecken in Seide, Cachemir, Damast und Leinen.

Der ziemlich lebhafte Verkehr in obigen Artikeln mit hiesigen und auswärtigen Möbel-Handlungen macht es mir möglich, meinen geehrten Abnehmern **bei einer umfangreichen Auswahl namhafte Vortheile in den Preisen bieten zu können.**

Adolf Sachs.

Rittergüter, auch ganze Herrschaften,

in jeder beliebigen Größe und Gegend, mit allen erwünschten Realitäten und ökonomischen Branchen vermag ich bei den mir auch in diesem Jahre gewordenen zahlreichen Aufträgen zum Kaufe nachzuweisen. **Jos. Gottwald** in Breslau, Ohlauerstraße Nr. 38.

Drahtnägel-, Stifte- und Striegel-Fabrik in Cziasnau bei Guttentag.

Hiermit erlaube ich mir, die in meiner Fabrik gefertigten Drahtnägel, Stifte und Striegeln, von deren Vorzüglichkeit und Billigkeit ein geehrtes Publikum bereits überzeugt ist, bestens zu empfehlen. Die unter meiner Firma in Breslau, Junkernstraße Nr. 24, errichtete Niederlage ist vollständig assortirt und im Stande, jeden Auftrag prompt zu effektuiren.

H. v. Frankenberg.

Grünberger gute Flaschen-Weine.

Um zur Beseitigung des ungerechten Vorurtheils gegen hiesigen Wein ein Ferneres beizutragen, erbieten wir uns zur Abgabe von halben Dutzend Flaschen gleich schöner als reiner Roth- und Weißweine zum Preise von 1½ Thlr., oder bei bester Güte von 2 Thlr., einschließlich Kiste, Flaschen und feiner Etiquette. Die Verladung erfolgt bei franco Einsendung des Betrages sofort per Post. **Förster** und **Grempler** in Grünberg.

Ausverkauf.

Durch den Tod meines Mannes, des Vergolde-Fabrikanten **J. Bodmann, Kupferschmiedestraße Nr. 15,** beabsichtige ich das zurückgelassene Waarenlager von allen Größen **Spiegeln** in **Barock-** und **glatten Goldrahmen** mit und ohne **Consols, Goldleisten** von allen Breiten, **Gardinenstangen, Quasten,** feinen **Kupferstichen** und **Oelgemälden** zu den billigsten Preisen zu verkaufen. Das Gewölbe ist zu vermiethen. Verw. **P. Bodmann.**

Die neuesten **Pariser Hüte** und **Frühjahrs-Mützen, Sommer-Paletot-, Hosen-** und **Westenstoffe,** wie auch sehr elegante **Sommer-Halstücher, Shlipse** und **Binden** erhielt und empfiehlt:

L. Hainauer jr.,
Ohlauerstraße Nr. 79, vis-à-vis dem weißen Adler.

Selterwasser und Ober-Salzbrunnen

von diesjähriger frischer Füllung ist soeben die erste Sendung angekommen bei

Carl Fr. Keitsch, Stockgasse Nr. 1.

Mehlweißen, 25 St. 1 Sgr.,

sind bis zum Sonntag Lätare zu haben bei **B. Hipauf,** Oderstraße 28.

Peruanischer Guano

zu 4 Thlr. 12½ Sgr. der Ctr. ist zu haben Königsplatz Nr. 3a. im Comptoir par terre und werden Bestellungen auf größere Quantitäten angenommen.

Börsenberichte.

Breslau, 26. März. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅞ Br. Louisd'or 108⅓ Gl. Polnisch Courant 93¹¹⁄₁₂ Gl. Oesterreichische Banknoten 78⁵⁄₁₂ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Gl. Freiwillige preuß. Anleihe 105⅔ Br. Neue Staats-Anleihe 4½% 100½ Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 85½ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 101¼ Br., neue 3½% 91⅚ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95⅚ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 102 Br., Litt. B. 4% 101¼ Br., 3½% 91⅔ Br. Alte polnische Pfandbriefe 93¾ Gl., neue 93¾ Gl. Polnische Schatz-Obligationen 80¾ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81¾ Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 76½ Br., Priorität 4% — Oberschlesische Litt. A. 116⅔ Br., Litt. B. 109 Gl. Krakau-Oberschlesische 74¼ Br. Niederschlesisch-Märk. 83¼ Gl., Priorität 5% 104 Br., Serie III. 103½ Br. Neisse-Brieger 42⅚ Br. Köln-Mindener — — Priorität 104 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38⅙ Br.

Berlin, 25. März. Heute erfuhren Anhalter Eisenbahn-Aktien eine merkliche Steigerung, während die übrigen sich gut behaupteten, nur Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien blieben offerirt. Dessauer Bank-Aktien Litt. A. 125½ Gld.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 101¼ bez. und Gl., Priorität 5% 103¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 74¼ Br., 74 Gld., Priorität 4% 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38½ à ¼ bez. und Br., Priorität 5% 97¼ Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83¾ bez., Priorität 4% 95 à ¼ bez. und Gld., Priorität 5% 103½ bez., Serie III. 5% 103¼ Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 27 Gld., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 116½ bez. und Gld, Litt. B. 3½% 109 bez. und Gld. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105 bez. Staats-Anleihe von 1850 4½% 101⅛ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 85⅚ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 130 bez. Posener Pfandriefe 4% — — 3½% 91¼ Br. Preußische Bank-Antheile 96⅛ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94⅚ Br., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 82 bez., à 300 Fl. 144 Br.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.